

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 05

GESUNDHEIT

Südsudan ist nicht
ausreichend auf Ebola-
Ausbruch vorbereitet

NATURKATASTROPHEN

Malawi hat sich nach
einem Jahr noch nicht
von Zyklon Freddy erholt

KRIMINALITÄT

Lateinamerika muss
organisiertes Verbrechen
geschlossen bekämpfen



Identitätspolitik

Editorial

- 3 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Identitätspolitik muss Gleichstellung zum Ziel haben

Magazin

- 4 **SIMAYA LADU JAMES**
Das südsudanesisches Gesundheitssystem ist nicht gut auf einen möglichen Ebola-Ausbruch vorbereitet
- 6 **KAROL KEMPA, MICHAEL KÖNIG-SYKOROVA, ULF MOSLENER UND OLIVER SCHENKER**
Wie Klimafinanzierung dazu beitragen kann, Subventionen für fossile Energien zu reformieren
- 8 **HANNAH SCHRAGMANN**
Um nachhaltige Landwirtschaft zu fördern, muss der Begriff „Produktivität“ neu definiert werden
- 10 **MIREILLE KANYANGE / IMPRESSUM**
Heutzutage: Bevölkerung leidet unter Grenzschießung zwischen Burundi und Ruanda

Debatte

- 11 **CHRISTINA CHILIMBA**
Mehr als ein Jahr nach Tropensturm Freddy kämpfen die Menschen in Malawi weiter mit den Folgen
- 12 **JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA**
Länder Lateinamerikas können den Kampf gegen organisierte Kriminalität nur gemeinsam gewinnen
- 13 **KARSTEN LEGÈRE**
Restitution immaterieller Kulturgüter verdient mehr Beachtung

Schwerpunkt: Identitätspolitik

- 15 **FRANZ FLORES CASTRO**
Indigene Politik in Bolivien und Ecuador
- 17 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Ethnizität prägt afrikanische Gesellschaften
- 19 **ALBA NAKUWA**
Tribalismus behindert Fortschritte im Südsudan
- 20 **RONALD SSEGUJJA SSEKANDI**
In Uganda entscheidet ethnische Zugehörigkeit über Karrieren
- 21 **ADAZE OKEAYA-INNEH**
Der Biafra-Krieg hat in Nigeria tiefe Narben hinterlassen
- 23 **KRUPA GE**
In Südbindien verfängt Modis Hindu-Chauvinismus kaum
- 25 **MARYAM S. KHAN**
Islam reicht nicht aus, um Pakistans nationale Identität zu definieren
- 27 **KIM BERG**
Radikale rekrutieren junge Muslim*innen über Social Media
- 28 **HANS DEMBOWSKI**
Pauschale Unterstützung dient Israel nicht
- 31 **KERSTIN THOST**
Fortschritte für queere Menschen in Deutschland verteidigen
- 33 **CLAIRE DAVIS**
Wie die US-Regierung Daten zu „Race“ und Ethnizität erhebt, wird diskriminierten Gruppen nicht gerecht

SCHWERPUNKT

Identitätspolitik

Identitäten sind komplex. Rechtspopulistische Parteien nutzen sie aus, indem sie verschiedene Gruppen gegeneinander ausspielen. Dennoch birgt die Vielfalt der Identitäten auch das Potenzial für Solidarität über Unterschiede hinweg, was entscheidend ist, um nachhaltige Veränderungen zu erreichen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Letztlich muss die Gleichstellung aller Menschen im Mittelpunkt politischer Maßnahmen stehen.

Titelseite: Die Wiphala ist die Flagge der Indigenen der Anden.
Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Juan Karita





Unser Schwerpunkt zum Thema Identitätspolitik beginnt auf Seite 14. Er hat direkten Bezug zum 10. und 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Weniger Ungleichheiten und Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.

Kampf um das Ich

„Identität“ ist einer der Begriffe, die inflationär verwendet werden, ohne dass vollkommen klar wäre, was damit gemeint ist. Das liegt in der Natur der Sache: Kaum ein Konzept ist derart schwer zu fassen, aber gleichzeitig so konstituierend für das eigene Selbst.

Der Psychoanalytiker Erik Erikson schrieb, Identität vereine zwei – unter Umständen widersprüchliche – Dinge: wie andere mich sehen, und wie ich mich selbst sehe. Identität unterscheidet mich von anderen und macht mich im selben Moment mit anderen gleich.

In Bezug auf die Gesellschaft bedeutet das: Identität impliziert sowohl Einordnung in sie als auch Abgrenzung von ihr. Damit ist klar, warum mit Identitäten Politik gemacht wird.

Identitätspolitik ist durchaus berechtigt, wo sie hilft, gegen die Unterdrückung einer Vielzahl von Gruppen auf der ganzen

„Nachhaltige Veränderung gelingt nur, wenn alle mitmachen – in der Überzeugung, trotz aller Unterschiede gleichberechtigt zu profitieren.“

Welt vorzugehen. Sie ist aber fehlgeleitet, wenn sie Inklusion verhindert und benachteiligte Gruppen gegeneinander ausspielt. Soziale Gerechtigkeit rückt in weite Ferne, wenn etwa in den USA weiße Menschen mit niedrigem Einkommen gegen die Schwarze Bevölkerung aufgebracht werden – oder Sozialhilfeempfänger*innen in Europa gegen Migrant*innen ausgespielt werden.

Rechtspopulistische Parteien sind Meister darin. Gleichzeitig schaffen sie es, Gruppen von sich zu überzeugen, die unter rechtspopulistischen Regierungen erheb-

liche Nachteile zu befürchten hätten. Multimilliardär Donald Trump gibt sich in den USA als Stimme der Nichtprivilegierten aus und verzeichnet steigende Unterstützung von Schwarzen und Hispanics. In Deutschland machen Frauen 44 Prozent der potenziellen Wählerschaft der Partei Alternative für Deutschland (AfD) aus – obwohl die Partei in ihren Programmen unter anderem von der Rückkehr zu traditionellen Geschlechterrollen spricht und die Gender-Pay-Gap leugnet.

Ein Teil des identitätspolitischen Erfolgs von Rechtspopulist*innen liegt auch darin, dass sie einfache Antworten auf schwierige Fragen bieten. Linke Politik differenziert dagegen teilweise bis zur Fragmentierung, was ihr vielerorts aktuell zum Verhängnis wird.

Komponenten einer Identität müssen zusammengedacht werden, weil kein Mensch nur eine Identität hat und sich Identitäten mit der Zeit wandeln. Gender ist verbunden mit Hautfarbe, Ethnizität oder Klasse ebenso wie mit sexueller Orientierung, Sprache, Religion oder physischer und psychischer Gesundheit. In dieser Identitätsvielfalt liegt gleichzeitig die Chance zu übergreifender Solidarität: Menschen verschiedener Hautfarbe schließen sich in Gewerkschaften zusammen, afrikanische Frauen verschiedener Ethnien treten gemeinsam für ihre Rechte ein, und Sprachgemeinschaften in Indien agieren kastenunabhängig.

In Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas richtet sich Identitätspolitik zugleich oft an einzelnen Markern aus. In Indien agitiert Präsident Narendra Modi gegen religiöse Minderheiten, während in vielen afrikanischen Ländern Tribalismus nach wie vor alltägliches Leben prägt und die ethnische Herkunft Wahlen entscheiden kann.

Um die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) zu erreichen, muss Gleichstellung in den Mittelpunkt politischen Handelns rücken. Nachhaltige Veränderung gelingt nur, wenn alle mitmachen – in der Überzeugung, trotz aller Unterschiede gleichberechtigt zu profitieren.



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.
eu.editor@dandc.eu



Ebola-Schulung im südsudanesischen Yei im Jahr 2019.

GESUNDHEIT

Vorbereitung auf Ebola

Im Südsudan wächst die Sorge vor dem Ebolavirus, nachdem Nachbarländer mit Ausbrüchen zu kämpfen hatten. Die Regierung hat präventive Maßnahmen ergriffen, doch es bestehen weiterhin erhebliche Defizite. Eine Umfrage offenbart Wissenslücken beim Gesundheitspersonal.

Von Simaya Ladu James

Im Südsudan wurden seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 2011 keine Fälle von Ebola nachgewiesen. Allerdings grenzt das Land an Uganda und die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) – zwei Länder, in denen die Krankheit im Jahr 2022 ausbrach. Ebola kann von Tieren auf Menschen übertragen werden. Deshalb steigt die Wahrscheinlichkeit einer Infektion mit vermehrtem Kontakt zwischen Menschen und Wildtieren in Risikobereichen, begünstigt unter anderem durch Entwaldung, Jagd und Bergbau.

Das Virus könnte auf verschiedenen Wegen in den Südsudan gelangen, etwa über internationale Flughäfen oder die grüne Grenze. Enge Handelskontakte zu den

Nachbarländern, offene Grenzen und gewisse kulturelle Traditionen könnten die Ausbreitung begünstigen. Zugleich weist die gesundheitliche Infrastruktur Defizite auf. Beispielsweise mangelt es an Monitoring, aber auch an Laborkapazitäten, um Proben zu analysieren.

Um den Südsudan besser gegen Ebola zu wappnen, kooperiert das Gesundheitsministerium des Landes mit den UN und humanitären Organisationen. Es hat unter anderem

- das Ebola-Überwachungssystem gestärkt,
- Gesundheitseinrichtungen auf Quarantäne vorbereitet,
- medizinisches Personal geschult,
- Aufklärungskampagnen für die Öffentlichkeit organisiert und
- Leitlinien im Umgang mit Ebola entwickelt.

Das medizinische Personal spielt eine Schlüsselrolle. Es ist aufgrund des Kontakts zu Infizierten bei Ebolaausbrüchen besonders gefährdet und könnte die Krankheit ungewollt verbreiten. Mitarbeitende soll-

ten unter anderem die Symptome Erkrankter erkennen können, um Patient*innen schnell an die richtigen Stellen weiterleiten zu können.

UMFRAGE UNTER GESUNDHEITSPERSONAL

Allerdings mangelt es an Informationen dazu, inwiefern das medizinische Fachpersonal im Südsudan auf einen möglichen Ebolaausbruch vorbereitet ist. Als PhD-Student der Yesbud University India habe ich deshalb eine Umfrage unter medizinischem Personal durchgeführt, im Bezirk Yei River County am Dreiländereck Südsudan, DR Kongo und Uganda, von August bis Oktober 2023. Das Ziel war, mehr darüber zu erfahren, was die Mitarbeitenden über Ebola wissen, welche Einstellung sie dazu haben und welche vorbeugenden Praktiken bereits etabliert sind.

Die 195 Teilnehmenden füllten dafür einen Fragebogen aus. Es zeigte sich, dass sie einerseits über die Symptome von Ebola recht gut Bescheid wussten. Andererseits war ihr Wissen zu Übertragung und Prävention lückenhaft – etwa hinsichtlich der Tatsache, dass das Virus auch über Muttermilch übertragen werden kann. Ihr Umgang mit Patient*innen unter Ebolaverdacht ist ebenfalls verbesserungswürdig. Teilnehmende mit hohem Bildungsniveau demonstrierten in der Umfrage mehr Wissen über Ebola, den Umgang mit Infizierten und darüber, wie sich die Krankheit eindämmen lässt, als solche mit niedrigerem Bildungsniveau.

KONTINUIERLICHES BILDUNGSANGEBOT

Die bisherigen Schulungen für medizinisches Fachpersonal dürfen deshalb erst der Anfang sein. Die Regierung sollte dringend ein kontinuierliches Bildungsangebot schaffen. Dabei sind die unterschiedlichen Bildungsniveaus und Erfahrungsgrade der Beteiligten zu berücksichtigen. Vor allem sollte das Gesundheitspersonal besser über potenzielle Infektionsquellen aufgeklärt werden.

Auch in anderen Regionen des Südsudan sollten ähnliche Studien unter Mitarbeitenden im Gesundheitssektor durchgeführt werden, um eine belastbarere Datenbasis zu schaffen. Auch sollten das Wissen über und die Einstellung zu Ebola in der breiten Bevölkerung erfragt werden.

Weitere Maßnahmen im Kampf gegen Ebola sind:

- das Gesundheitssystem besser auszustatten, etwa mit Diagnose-Equipment für ein flächendeckendes Monitoring,
- digitale Systeme zu nutzen für eine optimale medizinische Versorgung, etwa im Rahmen von Impfkampagnen,
- lokale Gemeinschaften einzubeziehen, etwa durch lokale Autoritäten, sowie

- über Ländergrenzen hinweg zu kooperieren und Informationen zu teilen.

Das 3. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung lautet „Gesundheit und Wohlergehen“. Um es für den Südsudan zu erreichen und die Bevölkerung zu schützen, müssen die Regierung, die UN und andere Organisationen jetzt ihre Kräfte bündeln. Eine tödli-

che Krankheit wie Ebola darf im Südsudan keine Chance haben.



SIMAYA LADU JAMES
ist Projektmanager bei der Hilfsorganisation Malteser International im Südsudan.
simayaladu@gmail.com

Ein tödliches Virus

Ebola ist eine hochansteckende und für Menschen tödliche Viruserkrankung, die vor allem in Subsahara-Afrika auftritt. Laut WHO lag die Sterblichkeitsrate bei früheren Ausbrüchen zwischen 25 und 90 Prozent, abhängig von den Umständen und Gegenmaßnahmen. Zu den Symptomen zählen Fieber, Ab-

geschlagenheit sowie Muskel-, Hals- und Kopfschmerzen. Es folgen Erbrechen, Durchfall, Hautausschlag sowie innere und äußere Blutungen. Auch nach der Genesung können noch jahrelang Symptome auftreten.

Wird eine infizierte Person früh behandelt, erhöht dies ihre Überlebenschancen.

Allgemein wird die Zufuhr von Flüssigkeit und Körpersalzen empfohlen, oral oder durch Infusion. Gegen die Variante des Zaire-Ebolavirus sind zugelassene Impfstoffe auf dem Markt. Beim Ausbruch in Uganda im Jahr 2022 handelte es sich allerdings um die sogenannte Sudan-Variante, gegen die es noch keine speziellen Impfstoffe oder Medikamente gibt.

Im Kampf gegen Ebola spielt Prävention eine ent-

scheidende Rolle. Dazu gehört insbesondere, den Kontakt zu Körperflüssigkeiten infizierter Personen zu meiden, aber auch zu möglicherweise infizierten Gegenständen, wie der Kleidung Erkrankter oder medizinischen Geräten. Da Ebola von Tieren auf Menschen übertragen wird, ist besondere Vorsicht geboten im Umgang mit Wildtieren wie Fledermäusen, Waldantilopen und Schimpansen. SLJ

Blieben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.





Klimafinanzierung kann die Kosten von Alternativen zu fossilen Energieträgern senken: Solarpark in Simbabwe.

GLOBAL GOVERNANCE

Ausstieg aus fossilen Brennstoffen mittels Klimafinanzierung

Zuschüsse für fossile Brennstoffe können Güter des täglichen Bedarfs bezahlbar machen, untergraben allerdings den Klimaschutz und belasten klamme Staatshaushalte. Durch gezielte Klimafinanzierung lassen sich Subventionssysteme gerecht reformieren.

Von Karol Kempa, Michael König-Sykorova, Ulf Moslener und Oliver Schenker

Die durch Russlands Krieg gegen die Ukraine ausgelöste globale Energiekrise ließ die Preise für Öl, Erdgas und Strom in die Höhe schnellen. Verschiedene Regierungen erhöhten daraufhin ihre Energiezuschüsse deutlich, vor allem in Industrieländern, aber auch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt, dass sie 2022 zusammen mehr als 500 Milliarden Dollar zusätzlich aufgewandt haben, um die Energiekosten für Verbraucher*innen zu senken. Zuschüsse

für Erdgas und Strom haben sich gegenüber 2021 mehr als verdoppelt; Ölsubventionen stiegen um etwa 85 Prozent.

All das geschah kurz nach dem Klimagipfel von Glasgow. Dort war der Appell an alle Länder gegangen, ihre Bemühungen zu verstärken, ineffiziente Subventionen für fossile Brennstoffe auslaufen zu lassen und zugleich die Ärmsten und Schwächsten gezielt zu unterstützen.

Wenn Zuschüsse die Preise für fossile Brennstoffe senken, macht das den Umstieg auf erneuerbare Energien weniger attraktiv. Subventionen behindern somit den Umstieg auf eine kohlenstoffarme oder kohlenstofffreie Wirtschaft.

Zwar sind die entwickelten Volkswirtschaften maßgeblich verantwortlich für den aktuellen Anstieg der Subventionen; allerdings verschlingen solche Zuschüsse gerade in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern einen großen Teil der Staatshaushalte. Dieser Anteil könnte sich noch erhöhen, weil

der Energieverbrauch voraussichtlich steigen wird. Viele erdölexportierende Länder fördern die Nutzung fossiler Brennstoffe massiv; diese Mittel fehlen für die Energiewende.

Subventionen abzubauen ist schwer, weil es nicht wirklich eingefordert wird. Meist profitiert davon eine relativ kleine Zahl von Produzenten, deren Lobbygruppen Druck auf Regierungen ausüben. Von einer Reform könnten hingegen viele profitieren – allerdings sind es relativ geringe Summen pro Verbraucher*in oder Steuerzahler*in. Vielen würde es ohne Zuschüsse besser gehen, aber so geringfügig, dass der öffentliche Druck ausbleibt.

Ärmere Haushalte verbrauchen relativ wenig Energie, leiden aber am stärksten unter hohen Preisen. Der Versuch, Subventionen zu reformieren, brachte daher mehreren Regierungen weltweit Proteste der Armen ein, und sie machten daraufhin einen Rückzieher – wie in Jordanien während der Anti-Austeritäts-Proteste 2018.

ERFOLGREICHE REFORMEN BEI FOSSILEN ENERGIETRÄGERN

Der US-amerikanische Experte Benjamin K. Sovacool hat mehrere Fälle analysiert und folgende Lehren daraus gezogen (Sovacool, 2017):

- Es gilt, detaillierte Daten dazu zu erheben, wie die Zuschüsse verwendet werden – etwa nach Brennstoffart, Branche, Verbraucher*innen und Produzenten. Politische Folgen müssen antizipiert werden. Auf Basis der Kenntnis von voraussichtlichen Kosten und Nutzen könnten Maßnahmen angepasst werden, um etwa Verteilungsgerechtigkeit und Umweltgesundheit zu maximieren. Subventionen gezielter auf bedürftige Haushalte auszurichten kann in manchen Fällen besser sein, als sie komplett abzuschaffen.
- Energiezuschüsse, die „schmutzige“ Praktiken fördern oder gar Umwelt und Wirtschaft schaden – wie etwa die Subventionierung des Maisanbaus in Trockengebieten, um Ethanol herzustellen –, haben oberste Priorität.
- Mögliche Gewinner und Verlierer sind zu ermitteln. Wenn Regierungen sicherstellen, dass die Armen nicht weiter marginalisiert werden, ist mehr Akzeptanz zu erwarten.
- Aus früheren Reform Erfahrungen sind Lehren zu ziehen. Erfolgreiche Fälle aus an-

deren Ländern können als Beispiele dienen, auch wenn nicht jede Strategie kopiert werden kann.

KLIMAFINANZIERUNG KANN ETWAS BEWIRKEN

Im Rahmen des Pariser Abkommens von 2015 übermitteln die Länder regelmäßig ihre Nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs – Nationally Determined Contributions), die als Fahrpläne für den Klimaschutz dienen. Einige Entwicklungs- und Schwellenländer haben in ihren NDCs angekündigt, die Zuschüsse für fossile Brennstoffe zu reformieren. Argentinien etwa will segmentierte Tarifsysteme einführen, um die Zuschüsse weniger regressiv zu gestalten. Der Grüne Klimafonds (GCF – Green Climate Fund) ist ein wichtiges Element des Pariser Abkommens, um Entwicklungsländern zu helfen, Klimaschutz umzusetzen. Es ist deshalb zu prüfen, wie Klimafinanzierung Subventionsreformen fördern kann. Auch andere Institutionen unterstützen die Energiewende in Schwellen- und Entwicklungsländern, etwa die sogenannten Just Energy Transition Partnerships (JETPs) der G7, die den Kohleausstieg fördern. Zu den Pilotländern zählen Indonesien, Senegal, Südafrika und Vietnam.

31 Länder hatten laut GCF bis Ende 2023 versprochen, den Fonds zu unterstützen, und sagten dafür in den nächsten vier Jahren insgesamt 13,9 Milliarden Dollar zu (davon 11,7 Milliarden Dollar bereits umgesetzt). Die Beiträge gelten als öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA).

Inwiefern ODA die nationale Politik beeinflussen kann oder sollte, ist in der Entwicklungsforschung umstritten. Die Fachliteratur verweist auf begrenzte oder gar negative Wirkung von ODA, wenn Reformen den politischen Prioritäten des Empfängerlandes zuwiderlaufen.

Ob Klimafinanzierung und ODA helfen können, Subventionen für fossile Brennstoffe zu reformieren, hängt – unter Berücksichtigung der oben genannten Kernelemente – ab von:

- den Kapazitäten der Empfängerländer und
- inwiefern Reformen zu den Prioritäten des Landes passen.

Die Eigenverantwortung des Landes – etwa in Form einer nationalen Politik oder Strategie – ist zentral für die Mobili-

sierung von Klimafinanzierungs- und ODA-Mitteln.

AUSWIRKUNGEN VON KLIMA-ODA AUF ZUSCHÜSSE FÜR FOSSILE BRENNSTOFFE

ODA für den Klimaschutz kann nationale politische Reformen in Empfängerländern auf zwei Arten beeinflussen: Erstens kann sie ein Land dazu befähigen, Alternativen zur Bezuschussung fossiler Brennstoffe einzuführen. Alternative Instrumente wie etwa Geldtransfers sind aber oft komplexer als Zuschüsse, und Geberländer können hier technische Unterstützung und politische Beratung bieten.

„Wenn eine Regierung signalisiert, Subventionen für fossile Brennstoffe reformieren zu wollen, sollten Geberländer bereit sein, zusätzliche ODA dafür zur Verfügung zu stellen.“

Zweitens kann Klimafinanzierung kohlenstoffarme Energieprojekte finanzieren und so die Kosten für Alternativen zu fossilen Brennstoffen senken. Das könnte helfen, negative Folgen von Reformen abzumildern und so eine große Hürde beseitigen.

Bemühungen, Subventionen für fossile Brennstoffe mittels Klima-ODA zu senken, sind vermutlich effektiver, wenn sie gleichzeitig die politische Eigenverantwortung der Empfängerländer stärken und Mittel entsprechend derer Verwaltungsstrukturen und Politikgestaltung bereitstellen. Wenn eine Regierung signalisiert, Subventionen für fossile Brennstoffe reformieren zu wollen, sollten Geberländer bereit sein, zusätzliche ODA dafür zur Verfügung zu stellen.

Das kann Folgen für große Institutionen der Klimafinanzierung haben, wie den GCF, den Klima-Investitionsfonds (CIF – Climate Investment Funds) oder die JETPs. Bei Finanzierungsentscheidungen sollte glaubwürdiges Engagement der Empfängerregierungen ausschlaggebend sein – und fehlender Einsatz ein Warnsignal.

Der Sechste Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) konstatiert, dass

drei- bis sechsmal mehr Investitionen aus dem Globalen Norden in den Globalen Süden strömen müssen, um die globalen Klimaziele zu erreichen. Gut konzipierte Klimafinanzierungsprogramme, die dabei helfen, Zuschüsse für fossile Brennstoffe zu reformieren, können eine „doppelte Dividende“ bewirken: Sie dienen nicht nur ökologischen Zwecken (zum Beispiel der Eindämmung des Klimawandels oder der Verringerung der Luftverschmutzung), sondern schaffen auch Spielräume in den Staatshaushalten der Empfängerländer und mindern Preisverzerrungen auf den Energiemärkten.

LITERATUR

Sovacool, B. K., 2017: Reviewing, reforming, and rethinking global energy subsidies: towards a political economy research agenda. Ecological Economics Vol. 135.



KAROL KEMPA
ist Forscher und Direktor am FS-UNEP Collaborating Centre for Climate and Sustainable Energy Finance

der Frankfurt School of Finance & Management.

k.kempa@fs.de



MICHAEL KÖNIG-SYKOROVA
ist Senior Project Manager am FS-UNEP Collaborating Centre for Climate and Sustainable Energy Finance

der Frankfurt School of Finance & Management.

m.koenig@fs.de



ULF MOSLENER
ist Professor am Finance Department der Frankfurt School und Forschungsleiter am FS-UNEP Collaborating Centre for Climate and Sustainable Energy Finance.

der Frankfurt School of Finance & Management.

u.moslener@fs.de



OLIVER SCHENKER
ist stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Umwelt- und Klimaökonomik“ am ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische

Wirtschaftsforschung in Mannheim.

oliver.schenker@zew.de



Pestizideinsatz auf einem Weizenfeld in Punjab, Indien.

NACHHALTIGKEIT

Produktivität neu denken

Das herkömmliche Verfahren zur Messung landwirtschaftlicher Produktivität blendet langfristige Effekte aus. Ein anderer Ansatz ist nötig, um nachhaltige Landwirtschaft zu fördern und zu belohnen.

Von Hannah Schragmann

Die Menschheit steht vor der Herausforderung, eine wachsende Weltbevölkerung mit begrenzten Ressourcen ernähren zu müssen. Dazu gilt es, die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern. Sie wird traditionell definiert als die Erzeugung von mehr Output (Ernte) bei gleichem Input (Fläche, Boden, Kapital, Arbeit) oder von gleichem Output bei geringerem Input. Wirtschaftswissenschaftler*innen bezeichnen dies als „total factor productivity“ (TFP), eine weit verbreitete Messgröße, um landwirtschaftliche Effizienz zwischen Ländern zu vergleichen und Fortschritt zu beziffern.

Allerdings berücksichtigt TFP die langfristigen Folgen der landwirtschaftlichen Praktiken für Böden, biologische Vielfalt, Gesundheit und Menschen nicht. Das ist fatal, weil eine kurzfristige Produktivitätssteigerung die Bedingungen für künftige Produktivität in vielerlei Hinsicht gefährden kann. Zum Beispiel können intensive Anbaumethoden dem Boden scha-

den; Düngemittel können gesundheitliche Probleme verursachen; und zu geringe Regenerationszeiten können die Humusschicht verringern. Insofern TFP diese Aspekte nicht berücksichtigt, bleibt das Bild unvollständig.

Ein Beispiel hierfür ist die „Grüne Revolution“, die Indien in den 1960er-Jahren als Reaktion auf zwei Hungersnöte begann. Angeführt von dem Genetiker M. S. Swaminathan wurden in der westlichen Region Punjab Hohertragssorten von Weizen und Reis eingeführt, um die Produktivität zu steigern. Rekordernten waren die Folge. Indiens „Grüne Revolution“ erfuhr entsprechend viel Anerkennung dafür, dass sie die wachsende Bevölkerung ernährt und die ländliche Armut verringert hat.

Jahrzehnte später zeigen sich jedoch zunehmend die negativen Auswirkungen. Die einst als „Land der fünf Flüsse“ bekannte Region Punjab steht wegen des wasserintensiven Reisanbaus unter hohem Risiko der zunehmenden Wüstenbildung innerhalb der nächsten 25 Jahre. Anhaltende Boden-degradation, eine geringere Saatgutvielfalt und die sich verschlechternde Gesundheit der Bewohner*innen sind beständige Herausforderungen. Außerdem werden Regen- und Trockenzeiten durch die Klimakrise immer weniger vorhersehbar.

Auch die sozialen Folgen sind schwerwiegend. Bauern sind gezwungen, teures gentechnisch verändertes Saatgut und Düngemittel von Großkonzernen zu kaufen, um die ausgelaugten Böden bewirtschaften zu können. Dies führte zu hoher Verschuldung und zehntausenden Suiziden jährlich. Darüber hinaus ist Punjab wegen des weit verbreiteten Einsatzes gefährlicher Agrochemikalien als Indiens „Krebshauptstadt“ berüchtigt.

Trotz alledem kommen Metriken wie TFP zu dem Ergebnis, dass die „Grüne Revolution“ Indiens Produktivität steigerte. Sie konzentrieren sich auf kurzfristige wirtschaftliche Leistung statt auf den langfristigen Nettogewinn für Planet und Mensch. Der potenzielle langfristige Schaden fällt unter den Tisch. Landwirtschaftliche Praktiken, die nachhaltige Produktivität untergraben und einem erfüllten und gesunden Leben im Weg stehen, sollten aber nicht als produktiv bezeichnet werden.

PRODUKTIVITÄT VERSUS REPRODUKTIVITÄT

Inzwischen besteht breiter Konsens darüber, dass sich die Perspektive auf landwirtschaftliche Produktivität ändern muss. Statt sich nur auf kurzfristige Überschüsse zu konzentrieren, gilt es, die zukünftige Reproduzierbarkeit landwirtschaftlicher Praktiken zu bewerten. Der Begriff „Reproduktivität“ ist angemessener als „Produktivität“.

Die Diskussion um landwirtschaftliche Produktivität verlagert sich in Richtung Nachhaltigkeit. Es wächst das Interesse daran, landwirtschaftliche Systeme neu zu

gestalten, im Sinne von Agrarökologie, Permakultur, Agroforstwirtschaft und regenerativer Landwirtschaft. Immer stärker wird betont, dass die Bevölkerung vor Ort an Entscheidungsprozessen beteiligt werden muss.

Die schwierige Frage ist, wie man landwirtschaftliche (Re-)Produktivität, Regenerativität oder Nachhaltigkeit messen kann. Dafür ist ein großer Zeitraum nötig. Allerdings erschwert es die Ungenauigkeit der aktuellen Klimamodelle, Langzeitfolgen zu quantifizieren. Noch komplexer wird es, wenn man die langfristigen ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen berücksichtigt.

Gleichwohl müssen Landwirt*innen, die nachhaltigere Methoden anwenden, ihre Fortschritte überwachen können. Datenanbieter stellen moderne Verfahren bereit, um die funktionale Biodiversität des Bodens zu messen – sowie dessen Potenzial, Wasser und Kohlenstoff zu speichern. Doch schon die Biodiversität im Boden zu quantifizieren, ist recht komplex. Noch schwieriger ist es, die oberirdische Biodiversität zu messen. Dies erfordert verschiedene Datenpunkte wie Satellitendaten und DNA-Proben. Au-

„Inzwischen besteht breiter Konsens darüber, dass sich die Perspektive auf landwirtschaftliche Produktivität ändern muss. Statt sich nur auf kurzfristige Überschüsse zu konzentrieren, gilt es, die zukünftige Reproduzierbarkeit landwirtschaftlicher Praktiken zu bewerten.“

ßerdem müssen Annahmen über künftige Entwicklungen getroffen werden.

Nachhaltige Landwirtschaft zu quantifizieren, ist aber wichtig, um finanzielle Mittel von politischen Programmen, Kund*innen und Investor*innen einzuwerben. Denn landwirtschaftliche (Re-)Produktivität muss auch finanziell nachhaltig sein. Es reicht nicht, Landwirt*innen zu sagen, dass sich eine Änderung ihrer Methoden erst in zehn Jahren auszahlt, aber in den nächsten fünf Jahren zu Ertragseinbußen führt. Sie müssen in der Zwischenzeit einen Ausgleich erhalten.

Die aktuelle Debatte um Zahlungen für Ökosystemleistungen lässt hoffen, dass Wege gefunden werden, um reproduktiv arbeitende Landwirt*innen zu belohnen. Dennoch steht die Entwicklung erst am Anfang. Wir könnten damit beginnen, die „Grüne Revolution“ in Indien nicht als eine Zeit des Produktivitätsgewinns zu verstehen, sondern stattdessen als Lehrbeispiel dafür, wie landwirtschaftliche Produktivität zukünftig nicht gemessen werden sollte.

LITERATUR

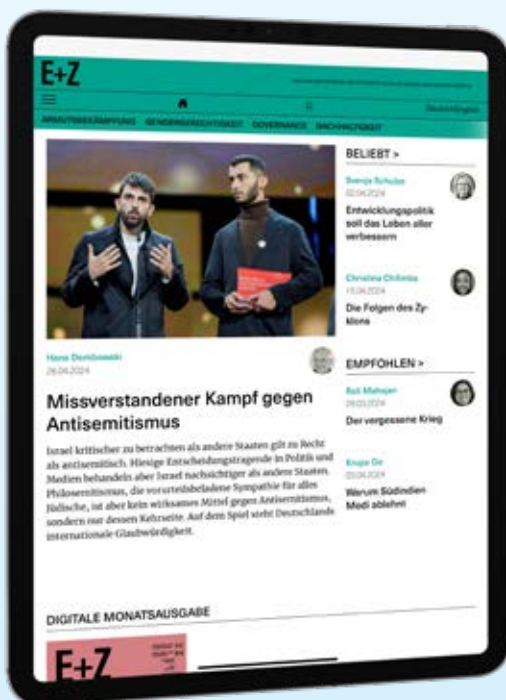
Schragmann, H., 2024: Produktivität neu denken. Vom Trennungs- zum Vermittlungsbegriff. Springer.



HANNAH SCHRAGMANN ist promovierte Ökonomin mit Schwerpunkt auf neuen Produktivitätsmetriken. Sie ist Chief Transparency Officer von Impact Hero, einem Impact-Start-up, und Leiterin des Bereichs Biodiversität bei Soilytix, einem Unternehmen zur Quantifizierung der biologischen Vielfalt von Böden. hannah.schragmann@ethicsinbusiness.eu

Auf unserer Website finden Sie Diskussionsbeiträge und Hintergrundinfos unseres internationalen Netzwerks von Autor*innen zu globaler Entwicklung und Zusammenarbeit.

www.dandc.eu



Menschen leiden unter politischer Entscheidung

Die Krise zwischen Burundi und dem Nachbarland Ruanda spitzt sich weiter zu. Burundi hat nach einem Rebellenangriff seine Grenze zu Ruanda erneut auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Grenzbevölkerung leidet darunter.

Die Grenze zwischen Burundi und Ruanda war erst im Oktober 2022 nach rund sieben Jahren wieder geöffnet worden. 2015 hatte Burundi Ruanda vorgeworfen, Demonstrationen und einen Putschversuch unterstützt zu haben. Die neuerliche Grenzschließung erschütterte Menschen beider Länder.

Die Burundierin Generose Nshimirimana wohnt in Rogombo in der Provinz Cibitoke, die durch den Ruhwa-Fluss von Ruanda getrennt wird. Normalerweise pendelte sie zwischen den beiden Ländern hin und her, um auf dem Markt in Ruanda Tomaten zu verkaufen. Als die Grenze geschlossen wurde, schimpfte sie: „Das ist nicht möglich! Wo soll ich nun meine Ernte verkaufen und woher das Schulgeld für meine Kinder nehmen?“ Die Marktfrau fordert die beiden Regierungen auf, sich zu einigen und die Landgrenzen wieder zu öffnen.

So geht es auch Dévotte, die in Busiga in der Provinz Ngozi im Norden Burundis wohnt. Sie ist Mutter von drei Kindern, ihr Mann ist Goldschürfer. Auch sie lebt vom Verkauf von roten Zwiebeln in Ruanda. Im Nachbarland kann sie drei Mal so viel verkaufen wie in ihrem Hei-

matort. Sie fürchtet, dass sich die Lebensbedingungen durch die Grenzschließung verschlechtern werden.

An dem Tag, an dem die Landgrenzen geschlossen wurden, am 11. Januar 2024, steckten diejenigen fest, die Termine in Burundi hatten, oder andere, die zwecks Gesundheitsversorgung nach Kigali gereist waren. Am Nachmittag des 11. Januar erhielten die Betroffenen eine Sondergenehmigung und durften die Grenze überqueren.

Die Querelen zwischen Burundi und Ruanda reichen Jahrzehnte zurück. 1994, während des grausamen Bürgerkriegs zwischen Hutu und Tutsi in Ruanda, kam ein burundischer Präsident beim Absturz eines Flugzeugs auf ruandischem Boden ums Leben. In den darauffolgenden Jahren wurden verschiedene Orte in Burundi von Rebellengruppen angegriffen, die Gitega stets mit Kigali in Verbindung brachte. Ruanda wies die Vorwürfe zurück.

Die Ostafrikanische Gemeinschaft, der beide Länder angehören, sowie Politiker*innen und Expert*innen internationaler Beziehungen rufen die beiden Länder zu einem Dialog im Interesse beider Staaten auf. „Die Folgen der Grenzschließung sind dramatisch, sie hat die Menschen in den Grenzregionen in Angst versetzt, und sie ist für den Rückgang des Handels verantwortlich. Außerdem gibt es soziale Verbindungen zwischen den Völkern, die man nicht ignorieren darf“, erklärt der Professor für internationale Beziehungen an der Universität Burundi, Pascal Niyonizigiye.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin bei Radio
Isanganiro in Burundi.
mika.kanyange@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29.04.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1

D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf

(DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Ssegujja Ssekandi

(Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),

Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

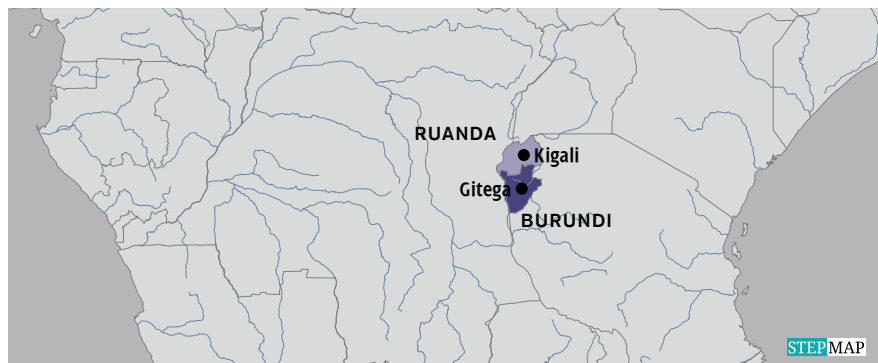
Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



NATURKATASTROPHEN

Die Folgen des Zyklons

Malawi ist von der Klimakrise besonders betroffen. Ein Jahr nach dem Tropensturm Freddy ist die Verwüstung immer noch katastrophal, und die Folgen des Sturms rauben vor allem Mädchen und Frauen ihre Zukunft.

Von Christina Chilimba

Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit der Tropensturm Freddy in Malawi gewütet, über tausend Menschen getötet und Hunderttausende vertrieben hat. Die Geräusche von Dächern, die von Gebäuden gerissen werden, vom nicht enden wollenden Regen, und die Bilder von Menschen, die um ihr Leben fliehen, bleiben für immer in unserer Erinnerung.

Die sozialen Strukturen zeigen bis heute Risse. Viele Menschen sind obdachlos und leben in Armut. Und während Malawi noch mit den Auswirkungen des Zyklons kämpft, bringen Dürren neue Probleme. Zyklon Freddy ist eine Warnung für das, was die Zukunft bringen wird – immer häufigere und verheerendere Katastrophen, befeuert durch den Klimawandel.

Die Nahrungsmittelversorgung ist bereits jetzt unzureichend: Für viele Menschen ist es normal geworden, hungrig ins Bett zu gehen. Malawi ist dieser Belastung nicht gewachsen.

Frauen und Mädchen leiden am meisten unter den Auswirkungen des Zyklons. Bestehende Ungleichheiten wurden verschärft. Frauen sind in Malawi einem erhöhten Risiko von Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt. Sie haben zudem nur unzureichenden Zugang zu Gesundheitsversorgung, insbesondere zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten.

Während Jungen in die Schule zurückkehrten, sind viele Mädchen in Notunterkünften gestrandet und haben kaum Chancen, ihre Ausbildung fortzusetzen. Die Katastrophe hat einen Anstieg gefährlicher Praktiken wie Kinderehen befördert. Und für die, die ihre Familie verloren haben, bleibt oft nur Prostitution, um zu überleben.

Die Notlage hat auch den Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten für

viele unerreichbar gemacht. Straßen und Brücken wurden weggespült. Zwar ist medizinisches Personal in die Notlager gekommen, aber die Überbelegung und der Mangel an Privatsphäre und individueller Betreuung erschweren die Situation. Dies gilt insbesondere für gynäkologische Behandlungen, aber etwa auch für die Beschaffung von Verhütungsmitteln.

Zwei Beispiele von vielen: Eine 25-jährige Mutter zweier Kinder braucht unbedingt Medikamente für ihr Baby, das während des Zyklons von einer einstürzenden Mauer verletzt wurde. Ein HIV-infiziertes Mädchen wird zwischen zwei Lagern hin- und hergeschoben und hat so den Zugang zu Medikamenten verloren, die es dringend benötigt.

KLIMAWANDEL UND GENDER

Die Krise unterstreicht: Angesichts des Klimawandels ist die Stärkung der Gesundheitsversorgung von entscheidender Bedeutung. Im Sinne feministischer Entwicklungspolitik muss sexuelle und reproduktive Gesundheit dabei mitgedacht werden. Regierungen weltweit müssen sicherstellen, dass sie für den Schutz von Frauen und Mädchen sorgen können, wenn die nächste Katastrophe eintritt.

Die jüngste Katastrophe macht außerdem deutlich, warum wir die Agenda für Klimagerechtigkeit beschleunigen und sicherstellen müssen, dass die Länder mit den geringsten Kohlenstoffemissionen nicht die

höchsten Kosten und Folgen für die Menschen tragen. Deshalb brauchen wir kontinuierliche und koordinierte Unterstützung durch Partner wie Deutschland und andere Industrienationen.

Kinder und Jugendliche machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Malawis aus. Deshalb ist ihre Beteiligung an der Suche nach langfristigen Lösungen essenziell. Dasselbe gilt für den Einbezug von Frauen.

Meine Organisation „ALL for Youth“ wird von der Global Financing Facility for Women, Children and Adolescents (GFF) unterstützt und arbeitet in Malawi daran, hier Lücken zu schließen. Die GFF, eine ländergeführte Partnerschaft, die bei der Weltbank angesiedelt ist, unterstützt 36 Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen dabei, Gesundheitssysteme zu stärken und die Gesundheit und Rechte von Frauen und Jugendlichen durch gezieltere Maßnahmen und politische Reformen zu fördern.

Deutschland ist gemeinsam mit Côte d'Ivoire, den Niederlanden und der Weltbank Ausrichter der Wiederauffüllungskampagne der GFF. Ziel ist, Finanzmittel zu mobilisieren, um 250 Millionen Frauen, Kindern und Jugendlichen Zugang zu Gesundheitsdiensten zu ermöglichen.

Wir müssen Lehren aus dem Zyklon Freddy ziehen und für eine resilientere und inklusivere Zukunft sorgen. Nur wenn wir zusammenarbeiten, können wir eine Welt schaffen, in der keine Frau und kein Mädchen zurückgelassen wird. Davon hängt unsere Zukunft ab.



CHRISTINA CHILIMBA
ist die Gründerin und Geschäftsführerin von ALL for Youth.
christinachilimba15@gmail.com



Direkt nach dem Sturm: Wäsche wird an zerstörten Stromleitungen in Südmalawi aufgehängt.

ORGANISIERTES VERBRECHEN

Gemeinsam gegen grenzüberschreitende Kriminalität

Zunehmend wirken lateinamerikanische Länder dem organisierten Verbrechen ausgeliefert – wie Ecuador, das Anfang Januar den Notstand ausrief. Das Problem können sie nur gemeinsam lösen.

Von Javier A. Cisterna Figueroa

Organisiertes Verbrechen gibt es überall auf der Welt. In Lateinamerika ist es allerdings besonders präsent und längst eines der größten Probleme der Region. Deutlich wird das an der grassierenden Gewalt: In Lateinamerika werden ein Drittel der weltweiten Morde begangen, obwohl dort nur neun Prozent der Weltbevölkerung leben.

Bei organisiertem Verbrechen handelt es sich um kriminelle Unternehmen oder Netzwerke, die meist mit Drogen und Waffen handeln oder Menschenhandel betreiben. Sie verfügen über ausgefeilte hierarchische Strukturen und große monetäre Zuflüsse. In Lateinamerika sind diese kriminellen Netzwerke nichts Neues. Aktuell ist aber besonders besorgniserregend, dass sie offensichtlich in der Lage sind, Regierungen zu destabilisieren – wie im ansonsten stabilen Ecuador. Dort eskalierte die Gewalt so stark, dass Präsident Daniel Noboa Anfang Januar 2024 von einem „internen bewaffneten Konflikt“ sprach und den Notstand ausrief.

Zudem expandieren die kriminellen Netzwerke über Landesgrenzen hinweg und wandeln sich zu echten transnationalen Unternehmen. Ein Beispiel ist der Tren de Aragua, die aktuell größte und mächtigste kriminelle Bande Venezuelas, entstanden aus einem Zusammenschluss von Gefängnisinsassen. Sie ist auch in Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Chile aktiv und ist verwickelt in Drogenhandel, Entführungen, Auftragsmorde, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung.

Die Länder Lateinamerikas sind leider allzu präsent im „Global Organized Crime Index 2023“, herausgegeben von der Global Initiative Against Transnational Organized

Crime, einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Dort nimmt Kolumbien weltweit den zweiten Platz ein, gefolgt von Mexiko (3.), Paraguay (4.), Ecuador (11.), Honduras (13.), Panama (17.) und Brasilien (22.). Ein zentraler Grund dafür ist der Drogenhandel. Kolumbien, Bolivien und Peru sind nach wie vor die größten Kokainproduzenten der Welt, und der chilenische Hafen San Antonio ist laut UN ein bedeutender Umschlagplatz für Kokain in der südlichen Hemisphäre. Ecuador belegt vor allem deshalb Platz vier der unsichersten Staaten Amerikas, weil es sich in nur wenigen Jahren von einem Drogentransitland zu einem Umschlagplatz entwickelt hat. Die Katholische Universität Chile stuft „Unsicherheit, organisierte Kriminalität und Drogenhandel“ aktuell als das größte politische Risiko für Lateinamerika ein, noch vor dem Anstieg der Korruption und der Unzufriedenheit mit der Demokratie.

Die Missstände, die den Nährboden für Gewalt und Kriminalität bilden, existieren seit Langem. Laut der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC – Economic Commission for Latin America and the Caribbean) sind das insbesondere: Armut, Ungleichheit, Perspektivlosigkeit, hohe Straflosigkeit und

schwache Rechtsstaatlichkeit sowie Schusswaffenbesitz und Alkoholkonsum. Eines der größten Hindernisse bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens ist zudem die Schwäche der öffentlichen Institutionen.

EINE AUFGABE FÜR DEN GESAMTEN KONTINENT

Um der transnationalen Kriminalität Einhalt zu gebieten, müssen Staaten grenzübergreifend zusammenarbeiten – nicht nur in Lateinamerika. Ein ermutigendes Signal dahingehend sendete im Januar die Gemeinschaft der Andenstaaten, bestehend aus Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru: Als Reaktion auf die Ereignisse in Ecuador kündigte sie eine stärkere gemeinsame Kooperation an, die unter anderem Polizei- und Militäroperationen in den Grenzregionen ermöglichen soll. Die Botschaft: Supranationale Probleme erfordern koordinierte Lösungen, die über die nationalen Grenzen hinausgehen.

Im Kampf gegen das organisierte Verbrechen ist allerdings weit mehr nötig als nur ein konsequentes Durchgreifen staatlicher Gewalt. Ebenso wichtig ist es, demokratische Institutionen zu stärken und Präventionsarbeit zu leisten, etwa mit sozialen Angeboten aus der Zivilgesellschaft. Nur gemeinsam können die Staaten und Bürger*innen Lateinamerikas diesen Kampf gewinnen.



JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA
ist Journalist und lebt in
Concepción, Chile.
cisternafigueroa@gmail.com



Das kolumbianische Militär schützt die Grenze zu Ecuador, nachdem in dem Nachbarland im Januar die Gewalt eskalierte.



Bücher enthalten immaterielle Schätze. Bibliothek der Universität von Zululand in Südafrika.

RESTITUTION

Geschichten zurückgeben

Afrika hat eine uralte Tradition der mündlichen Überlieferungen. Davon ausgehend, haben vor allem Missionare Texte niedergeschrieben. Diese sind – wenn überhaupt – in Europa, aber kaum in ihren Ursprungsländern veröffentlicht worden.

Von Karsten Legère

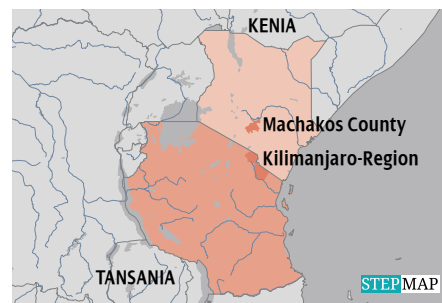
Die Rückgabe der Benin-Bronzen nach Nigeria hat die Diskussion um materielle Restitution verstärkt. Bekanntlich fordern afrikanische Länder seit Längerem die Rückgabe von unrechtmäßig erworbenen Kulturgütern. Deren Verbleib in Europa beraubt sie um Teile ihrer Identität und Geschichte und legitimiert die koloniale Vergangenheit. Die Restitution ist eine Chance für Europa und die Herkunftsländer, den Kolonialismus aufzuarbeiten und eine gemeinsame Zukunft zu gestalten.

In diesem Zusammenhang sollte auch der immateriellen Restitution durch Rückgabe von historischen Dokumenten und Texten der vielfältigen Oralliteratur sowie deren Publikation vor allem in den Ursprungsländern größere Beachtung geschenkt werden. In den Jahren 1998 und 2001 wurden bereits mit Unterstützung

durch die deutsche Botschaft in Windhoek Bücher mit Texten in den namibischen Sprachen Ndonga und Kwangali publiziert. Diese Texte wurden unter anderem 1957 und 1975 in Deutschland, aber nicht im damaligen Südwestafrika veröffentlicht.

Von 1902 bis 1906 sammelte der deutsche Missionar Julius Augustiny kenianische Märchen der Kamba, die in den 1920er-Jahren in Kikamba in der „Zeitschrift für Eingeborenen-Sprachen“ vorgestellt wurden. 2012 wurden sie auf Kikamba mit paralleler Kiswahili-Übersetzung in dem Buch „VAU TENE...“ („Es war einmal...“) in Tansania veröffentlicht.

Kikamba ist weitverbreitet in Kenia, wo die meisten der etwa 4,5 Millionen Kam-



ba im zentralkenianischen Machakos County leben. Die Sprache wird auch in Tansania von etwa 12 000 Personen im Westen der Morogoro-Region gesprochen. Die zusätzliche Kiswahili-Übersetzung ermöglicht eine Verbreitung der Texte in ganz Ostafrika.

RÜCKGABE NACH ÜBER 100 JAHREN

Der ehemalige Rektor der Hubert Kairuki Memorial University in Daressalam, Keto Mshigeni, setzt sich nun für die Rückgabe eines Buches aus der deutschen Kolonialzeit über die ethnische Gemeinschaft der Pare ein. Im Jahr 1922 veröffentlichte der deutsche Missionar Ernst Kotz „Im Banne der Furcht“. Das Buch dokumentiert eine kaum bekannte Periode der regionalen Geschichte. Mshigeni bezeichnet Kotz' Buch, das zwischen 1905 und 1917 im Pare-Gebiet im damaligen Deutsch-Ostafrika entstanden ist, als ein wertvolles historisches Zeugnis. Es schließt sich an die Dokumente und Veröffentlichungen des prominenten tansanischen Historikers Isaria Kimambo an. Dieser hatte in den 1960er-Jahren durch Befragungen von Pare deren Geschichte bis zum 19. Jahrhundert rekonstruiert. Die deutsche Kolonialzeit hatte er jedoch nicht erfasst. Heute leben etwa 530 000 Pare (auch als Asu bekannt) in der Kilimanjaro-Region, vor allem in den Distrikten Same und Mwanga, und in den Regionen Manyara und Tanga.

AUFWENDIGE DIGITALISIERUNG

Im Rahmen der immateriellen Restitution sollte die Digitalisierung der 223 Seiten Buchtext in Frakturschrift sowie dessen Übersetzung ins Englische und in die tansanische Nationalsprache Kiswahili durch deutsche Fördermittel ermöglicht werden. Deutsche Sponsoren konnten bislang nicht gefunden werden.

Die Übersetzung von „Im Banne der Furcht“ sowie die Herausgabe einer englischen und Kiswahili-Version wäre ein wichtiger Beitrag der immateriellen Restitution, um der Pare-Gemeinschaft und anderen Tansanier*innen eine bislang unzugängliche Periode ihrer Geschichte zu erschließen.



KARSTEN LEGÈRE
ist emeritierter Professor für afrikanische Sprachen der Universität Göteborg.
karsten.legere@sprak.gu.se



SCHWERPUNKT

Identitätspolitik

Indigene Politik in Lateinamerika

Von Franz Flores Castro (S. 15)

Ethnizität in afrikanischen Gesellschaften

Von Katharina Wilhelm Otieno (S. 17)

Tribalismus bremst Südsudan aus

Von Alba Nakuwa (S. 19)

Herkunft beeinflusst Karriere in Uganda

Von Ronald Ssegujja Ssekandi (S. 20)

Die Auswirkungen des Biafra-Krieges

Von Adaze Okeaya-inneh (S. 21)

Südindien lehnt Hindu-Ideologie ab

Von Krupa Ge (S. 23)

Identität und Islam in Pakistan

Von Maryam S. Khan (S. 25)

Islamistische Propaganda in Deutschland

Von Kim Berg (S. 27)

Philosemitismus als Kehrseite von Antisemitismus

Von Hans Dembowski (S. 28)

Lage queerer Menschen in Deutschland

Von Kerstin Thost (S. 31)

„Race“ und Herkunft in den USA

Von Claire Davis (S. 33)

Aufmarsch der hindu-chauvinistischen Kaderorganisation RSS in Ajmer, Rajasthan.



Bolivianische Indigene nehmen 2019 an einer Kundgebung für Präsident Evo Morales teil.

LATEINAMERIKA

Indigene Politik

Unter den linksgerichteten Regierungen von Rafael Correa und Evo Morales verabschiedeten Ecuador und Bolivien 2008 und 2009 neue Verfassungen. Die Identitätspolitik der beiden Präsidenten hat in beiden Ländern einen starken Fokus auf die indigene Kultur gelegt und zu Veränderungen geführt, die bis heute nachwirken.

Von Franz Flores Castro

Anfang des Jahrhunderts ging ein politischer Linksruck durch Lateinamerika: Nach Jahrzehnten des Neoliberalismus überzog eine Protestwelle den Kontinent. Sukzessive eroberten eher linksgerichtete Kandidat*innen die Präsidentschaftsposten mehrerer Länder. Den Anfang machte 1998 Hugo Chávez in Venezuela, es folgten Chile, Argentinien, Brasilien, Bolivien, Uruguay, Ecuador, Nicaragua, Honduras, Guatemala und El Salvador – wenn auch mit sehr unterschiedlichen politischen Programmen von moderat sozialdemokratisch bis populistisch-nationalistisch.

Insbesondere der Wahlerfolg des Indigenen Evo Morales in Bolivien machte

international Schlagzeilen. Sowohl Morales als auch Präsident Rafael Correa in Ecuador praktizierten eine Identitätspolitik, die eine starke Rückbesinnung auf die indigene Kultur beinhaltete. Ihre Politik hat in beiden Ländern weitreichenden positiven Wandel bewirkt.

Der Linksruck in Lateinamerika war eine Reaktion auf die unerfüllten Versprechen des Neoliberalismus, der bis dahin in fast allen Ländern der Region rigoros umgesetzt wurde. Ende des 20. Jahrhunderts war es der neoliberalen Politik zwar gelungen, die Finanzen der Region durch äußerst unbeliebte Schockstrategien auszugleichen, sie hatte jedoch weder Arbeitsplätze noch soziale Gerechtigkeit geschaffen. Die soziale Ungleichheit hatte sogar stark zugenommen: 1999 schätzte die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, dass 35 Prozent der lateinamerikanischen Haushalte in Armut und 14 Prozent in extremer Armut lebten. Das wiederum bedeutete in absoluten Zahlen: 211 Millionen Arme und 89 Millionen Bedürftige.

Ein Großteil der Bevölkerung fühlte sich zudem von den politischen Parteien

nicht mehr repräsentiert. Sie schienen nur noch um die Macht zu wetteifern, um ihren zunehmend geschlossenen und oligarchischen Eliten Vorteile sichern zu können. Kurz: Das Parteiensystem funktionierte nicht mehr. Die Distanz zwischen Politik und Zivilgesellschaft war der schwächste Punkt des Neoliberalismus.

Als die sozialen Proteste ausbrachen, antworteten die meisten Regierungen zunächst mit Repression. Doch die Bewegung war stark: Im Jahr 2001 war die Zahl der Proteste in 18 lateinamerikanischen Ländern um 64 Prozent höher als im Jahr zuvor. In einigen Ländern konnten Präsidenten ihre Amtszeit deshalb nicht zu Ende führen. So trat der bolivianische Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada im Oktober 2003 nach heftigen Protesten von seinem Amt zurück. 67 Tote und 417 Verletzte waren diesem Schritt vorausgegangen. In Ecuador wurde der pensionierte Oberst Lucio Gutiérrez im April 2005 durch einen zivilen Staatsstreich, die sogenannten „Rebellion der Gesetzlosen“, aus dem Amt gedrängt.

DIE VERSPRECHEN DES NATIONALISMUS

Von den neuen Regierungen versprochen sich viele Bürger*innen eine Erneuerung der politischen Eliten. Der Staat sollte wieder die Wirtschaft regulieren. Während sich der Neoliberalismus auf die Privatwirtschaft

gestützt hatte, setzte man nun auf eine führende Rolle der Regierung.

Auch die natürlichen Ressourcen sollten nicht mehr in den Händen der Privatwirtschaft sein, sondern wieder an den Staat übergehen. In Ecuador enteignete Correa den Öl- und Bergbausektor. In Bolivien verstaatlichte Morales die Gasgewinnung, Telekommunikation, die Eisenbahn und Mineralien verarbeitende Unternehmen.

Beide bedienten sich dabei einer starken patriotischen Rhetorik. Gerade linke Parteien nutzen in Lateinamerika häufig Nationalismus als Argument, um natürliche Ressourcen zu verstaatlichen, und sie



begründen ihre Ablehnung privaten Unternehmertums mit Antiimperialismus. Hinzu kamen Ideen und Argumente des Dekolonialismus-Diskurses: Demzufolge hat der Kolonialismus westliche Wissensformen den lateinamerikanischen Kulturen aufgestülpt, obwohl diese eine eigene Art haben, Wissen zu generieren und weiterzugeben.

Identitätspolitik konnte sich in Bolivien und Ecuador mit ihrem großen indigenen Bevölkerungsanteil besonders gut durchsetzen. Die Rückbesinnung auf die indigene Kultur brachte Morales und Correa an die Macht – wobei die beiden Politiker das Thema verschieden stark bespielten und es unterschiedlich großen Einfluss hatte.

Correa war ein Caudillo – eine charismatische Führungsperson – ohne Parteistruktur, ein Außenseiter ohne politische Vergangenheit. Er stammt aus der wohlhabenden Mittelschicht Guayaquils, einer der größten Städte Ecuadors, hat eine beachtliche akademische Laufbahn absolviert und einen Dokortitel in Wirtschaftswissenschaften der University of Illinois. Zu The-

men wie sexueller Identität und Drogenlegalisierung vertrat er eher konservative Ansichten.

Evo Morales hingegen kommt aus einer armen, indigenen Familie. Um zu überleben, musste er in seiner Jugend als Trompeter Geld verdienen. Wie viele verließ er den Westen Boliviens und zog in die Region Chapare, um Koka anzubauen. Er hat keine formale Ausbildung, sondern besuchte nur die sechsjährige Grundschule. In Chapare wurde er zum Politiker und als Direktkandidat ins Parlament gewählt.

VERFASSUNGSREFORMEN

Beide Präsidenten stießen in ihren jeweiligen Ländern einen Verfassungsreformprozess an. In Bolivien wurde die neue Verfassung im Januar 2009 in einem Referendum angenommen und anschließend von Morales verkündet. In der Präambel heißt es, dass „wir den kolonialen, republikanischen und neoliberalen Staat der Vergangenheit angehören lassen. Wir nehmen die historische Herausforderung an, gemeinsam einen sozialen, plurinationalen Rechts- und Einheitsstaat aufzubauen.“ Damit wurde eine neue Etappe eingeläutet – nicht mehr auf Grundlage einer Republik, sondern aufbauend auf indigenen Prinzipien und Gemeinschaftsrecht.

Correa verkündete Ecuadors neue Verfassung ein Jahr zuvor. Diese besagt: „Wir erkennen unsere jahrtausendealten Wurzeln an, die von Frauen und Männern verschiedener Völker geschmiedet wurden“, und feiern „die Natur, Pacha Mama, von der wir ein Teil sind und die für unsere Existenz unerlässlich ist.“ Weiter heißt es, dass die Menschen beschlossen haben, „eine neue Form des Zusammenlebens aufzubauen [...] auf der Grundlage des guten Lebens, des sumak kawsay.“ Der Bezug zu den indigenen Wurzeln ist hier zwar ebenfalls deutlich, greift aber nicht so tief wie in Bolivien: Die Verfassung hält an der Republik als Regierungsform fest und stellt die indigene Weltanschauung nicht in den Mittelpunkt des neuen Staates.

Mit den neuen Regierungsoberhäuptern änderte sich in beiden Ländern auch die Zusammensetzung der politischen Eliten. Zu Correa gesellten sich orthodoxe Maoist*innen und ehemalige Anhänger*innen der rechten Christlich-Sozialen Partei sowie der Befreiungstheo-

logie, aber auch Umweltschützer*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Indigenist*innen und linke Akademiker*innen.

In Bolivien wurden die traditionellen Eliten – auch die der Linken – durch die neue politische Führung gänzlich ersetzt. Großen inhaltlichen Einfluss hatte nun der „Pacto de Unidad“ (Pakt der Einheit), in dem Indigenen-Organisationen und Landarbeiter*innen-Gewerkschaften aus dem Hochland und dem Tiefland zusammenkamen. Die Partei von Morales, das Movimiento al Socialismo (MAS), ist ein Zusammenschluss sozialer Bewegungen, wobei die politische Entscheidungsgewalt bei den indigenen Bauernorganisationen des Hochlandes liegt. Obwohl Morales also eine hohe Entscheidungsmacht hatte, war er verschiedenen, vor allem indigenen Organisationen und sozialen Bewegungen gegenüber rechenschaftspflichtig.

Der politische Wandel in Bolivien ließ sich nicht einfach als ein Wechsel von rechter zu linker Politik erklären, sondern war deutlich komplexer und in erster Linie ein Übergang zu indigener Identitätspolitik. Die MAS-Partei von Evo Morales traf nicht nur typisch linke Entscheidungen wie die Verstaatlichung von Unternehmen. Sie stellte auch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Weltanschauung der Indigenen in den Mittelpunkt ihrer Politik. Dies war in Ecuador weniger stark ausgeprägt, wo zwar ebenfalls mehrere Unternehmen verstaatlicht wurden, die indigenen Organisationen sich aber von der Regierung Correa distanziert und ihr gegenüber eine kritische Haltung eingenommen haben.

Beide Regierungen haben ihr Land langfristig geprägt. Kürzlich wurde in Ecuador gewählt. Die linke Kandidatin der Partei von Correa verlor in der Stichwahl nur knapp gegen den konservativen Herausforderer. In Bolivien gewann die MAS erneut die Präsidentschaftswahlen 2020, was es Morales ermöglichte, aus dem Exil zurückzukehren, wohin er als Reaktion auf die Unruhen – ausgelöst durch Wahlbetrugsvorwürfe gegen ihn – nach den Wahlen 2019 geflohen war.



FRANZ FLORES CASTRO
ist Politikwissenschaftler,
Professor und Forscher an
der Universität San Francisco
Xavier in Sucre, Bolivien.

flores.franz@usfx.bo

ETHNIZITÄT

Ein elementarer Bestandteil afrikanischer Gesellschaften

Die Frage, wer jemand ist, schließt in Afrika mit ein, zu welcher ethnischen Gruppe diese Person gehört. Diese Zugehörigkeiten führten auf dem Kontinent zu blutigsten Konflikten und bestimmen noch heute vielerorts Politik und Alltag mit.

Von Katharina Wilhelm Otieno

Es gibt schätzungsweise mehr als 3000 ethnische Gruppen in Afrika. Kaum einer der 55 Staaten des Kontinents ist ethnisch homogen. Die allermeisten Afrikaner*innen fühlen sich einer dieser Gruppen zugehörig. Ethnizität, die Konstitution gemeinsamer Abstammung und Kultur, ist einer der wichtigsten Identitätsmarker in ganz Afrika.

Das birgt enorme kulturelle Vielfalt ebenso wie Konfliktpotenzial. Viele der schwerwiegendsten Auseinandersetzungen des Kontinents waren ethnisch motiviert.

Der Biafra-Krieg Ende der 1960er-Jahre brach aus, weil sich die Igbo gegenüber anderen nigerianischen Ethnien, insbesondere den Hausa und Fulani, benachteiligt fühlten und ihre Unabhängigkeit von Nigeria erklärten (siehe Adaze Okeaya-inne in dieser Ausgabe). Mindestens eine Million Menschen starben.

In Simbabwe fielen die Ndebele in den 1980er-Jahren einem Völkermord durch die shonasprachige Regierungspartei ZANU-PF zum Opfer, die bis heute an der Macht ist. Rund 20000 Menschen wurden getötet. Die Region der Ndebele, Matabeleland, wurde seither systematisch durch die Regierung vernachlässigt (siehe Beitrag von Zenzele Ndebele und Bhekizulu Tshuma in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2023/01). Die langjährigen Bürgerkriege in Liberia und zwischen Südsudan und Sudan waren ebenfalls durch ethnische Konflikte geprägt.

Auch in Südafrika gab es Gewalt zwischen ethnischen Gruppen. Während des Übergangs von der Apartheidregierung zur Demokratie in den Jahren 1990 bis 1994 ver-

sanken Johannesburgs Townships in bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Der Konflikt spielte sich vor allem zwischen den Zulu und Xhosa ab.

Südafrika ist ein Beispiel dafür, wie der Einfall der Europäer in Afrika über Missionierung und Kolonialismus solche ethnischen Spannungen beförderte oder sogar überhaupt erst auslöste. Erst seit die christliche Mission Anfang des 19. Jahrhunderts nach Südafrika kam, identifizierten sich

war, ob die verschiedenen Sprachformen der Zulu und Xhosa und ihrer Chieftoms sich genug ähnelten, um eine einzige Sprache darzustellen, in die die Bibel übersetzt werden sollte. Man entschied sich schließlich für zwei Sprachen: isiZulu und isiXhosa. Das bedeutete in der Folge auch, dass Kinder des Mpondo-Chieftoms in isiXhosa und Kinder des Hlubi-Chieftoms in isiZulu unterrichtet wurden, auch wenn diese Zuordnung zuvor keinesfalls so klar war. Somit nahmen Kinder nach und nach ihre auf Sprache basierende Identität als Zulu oder Xhosa an.

VÖLKERMORD IN RUANDA

Auch der Genozid auf dem afrikanischen Kontinent, der die meisten Menschenleben in kürzester Zeit forderte, wurde durch die Ignoranz und Unkenntnis lokaler Gegebenhei-



Mehr als nur Performance: Eröffnungszeremonie des Africa Cup of Nations 2023 in Côte d'Ivoire.

Menschen überhaupt primär als Zulu oder Xhosa. Vorher spielte eine viel wichtigere Rolle, zu welchem Klan und welcher „chieftom“ genannten Einheit man gehörte.

Die Mission stand vor dem Problem, dass sie die Bibel übersetzen musste, um sie der Bevölkerung zugänglich zu machen. Es gab allerdings keine Schriftsprache, also musste diese definiert werden. Die Frage

ten aufseiten der Kolonialisten befeuert. In Ruanda töteten die Hutu 1994 in knapp 100 Tagen etwa 75 Prozent der Tutsi-Minderheit sowie Hutu, die sich nicht am Völkermord beteiligen wollten. Manche Schätzungen gehen von einer Million Toten aus.

Es ist in der Ethnologie äußerst umstritten, ob es sich bei Hutu und Tutsi um distinkte Ethnien handelt. Sie haben zwar

durchaus unterschiedliche kulturelle Praktiken, teilen sich aber ein Glaubenssystem, Traditionen und eine Sprache, Kinyarwanda. In präkolonialer Zeit waren Tutsi Angehörige der herrschenden Schicht im Rwabugiri-Reich, Hutu die Klasse der Beherrschten. Das System beruhte auf Unterdrückung, aber Klassenmobilität war möglich: Ein Hutu konnte Tutsi werden und umgekehrt.

In den zehn Jahren ihrer Kolonialherrschaft Anfang des 20. Jahrhunderts deuteten die Deutschen die Gesellschaft in Ruanda mithilfe rassistischer Theorien: Sie glaubten, die Tutsi seien Niloten, ursprünglich mit „kaukasischen“ und somit europäischen Völkern verwandt. Die Hutu zählten sie zu den „negriden“ Ethnien Zentralafrikas, und somit war für die deutsche Kolonialmacht logisch, dass die Tutsi höherstehend waren, und sie banden sie als lokale Autoritäten in ihr Kolonialsystem ein.

Auf Deutschland folgte Belgien und schrieb in den 1930er-Jahren die Gruppenzugehörigkeiten seiner kolonialen Subjekte in Pässen fest. Nur wer zum Stichtag zehn oder mehr Rinder hatte, war Tutsi. Von nun an galt auch, dass Zugehörigkeit patrilinear vererbt wurde. Damit war die Klassenmobilität aufgehoben – wer Hutu war, blieb Hutu. Diese Festschreibungen zementierten ethnische Grenzen, die es vorher so nicht gab, und bestimmten den Fortgang der Geschichte in Ruanda – und im ethnisch sehr ähnlichen Nachbarland Burundi, wo es ebenfalls jahrelange blutige Konflikte zwischen Hutu und Tutsi gab.

Auf den Kolonialismus und den Zweiten Weltkrieg folgte die Entwicklungshilfe, und Ausländer*innen im Land – vor allem Missionar*innen – sahen es jetzt als ihre Aufgabe, den unterprivilegierten Hutu zu helfen, statt die Tutsi-Elite zu fördern. Hutu erhielten nun verstärkt Schulbildung und forderten politische Teilhabe.

Nach dem Abzug Belgiens spitzten sich die Konflikte zwischen den beiden Gruppen in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts zu, bis sie schließlich im Genozid an den Tutsi ihren grausamen Höhepunkt fanden.

KOLONIALE GRENZZIEHUNGEN

Allgemein bekannt ist, dass sich die europäischen Kolonialist*innen Afrika relativ willkürlich aufteilten. Sie zogen Grenzen und schufen Länder, in denen sich Ethnien

„Die ethnische Vielfalt Afrikas ist gleichzeitig ein unter allen Umständen zu erhaltendes Gut. Das bedeutet jedoch auch, dass Regierungen und die Zivilgesellschaft gefragt sind, sie vor identitätspolitischen Vereinnahmungen und ihren Konsequenzen zu schützen.“

wiederfanden, die zuvor bestenfalls indifferent einander gegenüber waren, schlimmstenfalls verfeindet. Mittlerweile gibt es Erkenntnisse, dass die Kolonialmächte nicht immer reine Willkür walten ließen und durch Ethnolog*innen und lokale Eliten in einigen Fällen bereits existierende ethnische Territorien beachteten, um Konflikte innerhalb der Kolonien von vornherein zu vermeiden.

In vielen neu geschaffenen Ländern traf dies jedoch nicht zu oder beruhte auf Fehlannahmen. Die Konsequenzen daraus führten noch im 21. Jahrhundert zu blutigen Konflikten. In Kenia beispielsweise fanden sich angehörige Ethnien zweier Völkergruppen in einem Staat wieder, die kaum gemeinsame sprachliche oder kulturelle Verbindungen haben. Die Bantu-Völker der Kikuyu, Kamba oder Kisii sollten sich gemeinsam mit nilotischen Ethnien wie den Luo, Maasai oder Kalenjin nun kollektiv als Kenianer*innen verstehen.

Nach den Wahlen in Kenia Ende 2007 stand das Land am Rande eines Bürgerkriegs zwischen drei der größten Ethnien des Landes, den Kikuyu auf der einen und den Luo und Kalenjin auf der anderen Seite. Mehr als tausend Menschen starben, rund 620 000 wurden vor allem intern vertrieben.

Bis heute kochen bei jeder Wahl in Kenia ethnische Spannungen hoch, denn der Großteil des Landes wählt Kandidat*innen der eigenen Ethnie. Korruption und Vetterwirtschaft zugunsten der eigenen Ethnie bestimmen zum Teil, wie schnell Dokumente verfügbar sind oder ob man eine Stelle findet. Selbst in vermeintlichen Schmelztiegeln wie Nairobi gibt es Viertel, die fast nur von einer ethnischen Gruppe bewohnt werden. Auch die ethnischen Fa-

milien spielen für manche nach wie vor eine Rolle: Bantu-Völker können untereinander im Zweifel eher auf Unterstützung hoffen als in der Interaktion mit Niloten. Welcher Ethnie man angehört, ist – wie vielerorts in Afrika – bereits am Nachnamen ersichtlich.

Auch anderswo bestimmt die ethnische Identität den Alltag nach wie vor mit. In Nigeria kann es nicht nur bei der Wohnungs- oder Jobsuche einen erheblichen Unterschied machen, welcher Ethnie man angehört, und auch in der nigerianischen Diaspora gibt es Tendenzen, in der eigenen Gruppe zu bleiben. Besonders Igbo leiden nach wie vor unter Diskriminierung.

In Simbabwe betreibt die Regierung immer noch Identitätspolitik, um an der Macht zu bleiben, und Shona- und Ndebele-Sprecher*innen begegnen sich mit Misstrauen. In Südafrika werden Xhosa- und Zulu-Identitäten bis heute auch durch die Sprachpolitiken der Schulen zementiert. Im Südsudan dominieren die Dinka, die zahlenmäßig größte Ethnie, mittlerweile Regierung und Behörden, nicht selten zum Nachteil der kleineren Gruppen (siehe Beitrag von Alba Nakuwa in dieser Ausgabe).

PANAFRIKANISMUS

Seit der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten gibt es allerdings auch gegenläufige Tendenzen. Prominente Figuren des Kontinents wie Ghanas erster Präsident Kwame Nkrumah und Julius Nyerere, erster Präsident Tansanias, propagierten den Panafrikanismus, die Einheit aller afrikanischen Menschen weltweit unabhängig von Ethnie und Nationalität.

Die Idee hat noch immer eine gewisse Kraft, und vor allem viele junge Menschen des Kontinents identifizieren sich zunehmend als Afrikaner*innen und darüber hinaus auch immer stärker mit ihrer Nationalität.

Die ethnische Vielfalt Afrikas ist gleichzeitig ein unter allen Umständen zu erhaltendes Gut. Das bedeutet jedoch auch, dass Regierungen und die Zivilgesellschaft gefragt sind, sie vor identitätspolitischen Vereinnahmungen und ihren Konsequenzen zu schützen.



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.
euz.editor@dandc.eu

NATION-BUILDING

Herausforderung für ein junges Land

Dreizehn Jahre nach seiner Unabhängigkeit kämpft der Südsudan weiterhin damit, seine verschiedenen ethnischen Gemeinschaften zusammenzubringen. Tribalismus erschwert das Funktionieren als Nationalstaat.

Von Alba Nakuwa

Im Südsudan – der jüngsten Nation der Welt – leben schätzungsweise 11 Millionen Menschen, aufgeteilt in 64 ethnische Gruppen mit eigenen Sprachen und kulturellen Praktiken. 36 Prozent der Südsudanese*innen sind Dinka, mit 16 Prozent sind die Nuer die zweitgrößte Gruppe. Die übrigen Prozent bestehen aus kleineren Gemeinschaften.

Viele Südsudanese*innen identifizieren sich stark mit ihrer ethnischen Gruppe, was es für das Land schwierig macht, eine nationale Identität zu entwickeln. Es scheint, dass wir bei der Frage, was es bedeutet, Südsudanese*in zu sein, nicht über oberflächliche Dinge wie das Aussehen hinausgekommen sind. Um als echte*r Südsudanese*in zu gelten, muss man ein bestimmtes Aussehen haben: groß, dunkelhäutig und schlank. Ich bin klein und weniger dunkel als die meisten meiner Landsleute. Daher zweifeln manche von ihnen daran, dass ich wirklich Südsudanese bin.

Der Südsudan spaltete sich 2011 nach mehr als 20 Jahren Bürgerkrieg vom Sudan ab. Im Krieg starben viele Menschen, Millionen wurden vertrieben und Eigentum zerstört. Unzählige Menschen sind nach wie vor traumatisiert.

Der Konflikt zwischen dem Sudan und dem Südsudan wird oft auf ethnisch-religiöse Identitäten zurückgeführt. Die tief verwurzelten Spannungen zwischen den arabischen Muslim*innen im Norden und den meist christlichen nilotischen Volksgruppen im Süden eskalierten zu einem endlosen Krieg, da jede Seite ihre Kultur und Religion für überlegen hielt.

Nach der Spaltung hat jedoch keines der beiden Länder Frieden gefunden – im

Gegenteil, im Sudan tobt ein verheerender Krieg. Auch im Südsudan hat die Unabhängigkeit die ethnischen Spannungen nicht beendet. Die ethnische Zugehörigkeit beeinflusst die Wahl politischer Parteien, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sogar die Sozialstruktur ganzer Städte. Die ethnopolitischen Konflikte und der Wettbewerb um Macht und Ressourcen zwischen den Eliten einiger ethnischer Gruppen haben das Land zudem in eine wirtschaftliche Schieflage gebracht.

MACHT, LAND UND VIEHBESTAND

Vor allem die beiden größten Ethnien, die Dinka und Nuer, zwei vom Nil stammende Gruppen, die vor allem Viehzucht betreiben, sind seit jeher Rivalen. Heute drückt sich das vor allem in Konkurrenz um politische Macht und immer wieder in Gewalt und Konflikten aus.

Auch bei anderen ethnischen Gruppen gibt es häufig Konflikte um Weideland und Vieh, wodurch sich Gewalt und Vergeltung scheinbar endlos wiederholen. Der Bundesstaat Eastern Equatoria etwa, wo mehr als zwölf ethnische Gruppen und Untergruppen leben, ist berüchtigt für Viehdiebstähle und Straßenüberfälle zwischen benachbarten Gruppen. Wegen mangelnder Sicherheit behindern die trotz Friedensge-

sprächen und -verhandlungen andauernden Konflikte die Entwicklung der Region.

GESPALTENE DIASPORA

Ethnische Zugehörigkeit hat auch einen großen Einfluss auf das Arbeitsleben. Um von der Regierung angestellt zu werden, ist es von großem Vorteil, ein Dinka zu sein. Sogenannte „äquatorianische“ Gruppen aus dem Osten, dem Zentrum und dem Westen haben bessere Chancen in der Privatwirtschaft oder bei zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die ethnische Identität spielt auch in der südsudanesischen Diaspora eine große Rolle. Die ethnischen Gruppen bleiben unter sich – migrantische Siedlungen in Städten und Flüchtlingslager sind nach ethnischer Zugehörigkeit organisiert. In Kenia, wohin viele Südsudanese*innen nach dem Krieg geflohen sind, leben in einer Stadt Didinga, in der nächsten Kakwa und in der dritten Nuer. Das verhärtet die Spannungen zwischen den Gruppen und spaltet die Südsudanese*innen weiter, statt die Diasporagemeinschaften zu vereinen.

Ethnische Identität ist von zentraler Bedeutung, um das reiche kulturelle Erbe des Landes zu bewahren, aber es ist auch wichtig, die damit verbundenen Herausforderungen anzugehen, um die Nation voranzubringen. Der Südsudan braucht einen wirklich inklusiven öffentlichen Diskurs, um eine Politik umzusetzen, die den Interessen aller Bürger*innen dient.



ALBA NAKUWA

ist freie Journalistin aus dem Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com



Der südsudanesische Präsident Salva Kiir Mayardit, ein Dinka, setzt auf den christlichen Glauben als Identitätsmerkmal, um sein Land zu einen.

ARBEITSWELT

Qualifikation ist nicht so wichtig

In Uganda, wie an vielen Orten der Welt, wird die Identität eines Menschen von ethnischer Zugehörigkeit, Glaube und Sprache geprägt. Diese Aspekte können auch die Karriere massiv beeinflussen.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Uganda hat eine der jüngsten Bevölkerungen der Welt mit einem Durchschnittsalter von etwa 16 Jahren. Das bedeutet auch, dass viele Menschen auf der Suche nach Arbeit sind. Da es weniger Jobs gibt als arbeitswillige Menschen, haben viele Faktoren Einfluss darauf, ob man einen Job bekommt – und ob man sich darin weiterentwickelt oder ihn überhaupt behält.

Uganda ist ethnisch divers. Es gibt 56 indigene Gemeinschaften, die in der nationalen Verfassung offiziell anerkannt sind. Viele Ugander*innen sind eng mit ihren ethnischen Gruppen verbunden. Das hat sich weder nach der Kolonialzeit noch nach der Gründung des ugandischen Nationalstaates geändert.

Ethnische Gruppen in Uganda haben starke soziale Netzwerke, die beim beruflichen Werdegang hilfreich sein können. Mitglieder einer Gemeinschaft helfen einander bei der Jobsuche, beim Zugang zu Ressourcen und durch Mentoring.

In Uganda gibt es zudem noch immer traditionelle Königreiche wie Buganda, Busoga und Tooro, die die Besetzung von

Schlüsselpositionen in politischen und öffentlichen Ämtern oft mitbestimmen.

Auch werden bestimmte Berufe bestimmten ethnischen Gruppen zugeschrieben. Gruppen aus Zentraluganda werden seit jeher mit der Landwirtschaft in Verbindung gebracht, während Gruppen aus dem Westen und Norden traditionell Viehzucht betreiben. Diese Vorstellungen beeinflussen noch immer die Berufswahl.

Offensichtlicher Nachteil des Einflusses ethnischer Herkunft auf die Karriere ist Stereotypisierung. Es gibt Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen, die ihre Chancen beeinträchtigen, angestellt zu werden oder zu bleiben. Menschen werden wegen ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert oder in ihren Möglichkeiten eingeschränkt. So gelten einige Gruppen als „faul“, andere als „fleißig“. Sogar der Körperbau spielt eine Rolle: Nordugander*innen qualifizieren sich oft für Jobs im Sicherheitssektor, weil sie als groß, fit und „zäh“ gelten.

Da es in Uganda mehrere Ethnien gibt, werden auch verschiedene Sprachen gesprochen. Englisch ist Amtssprache, aber meist spricht diese nur, wer eine formale Ausbildung hat. Das ist ein Vorteil, da Englisch in Wirtschaft und Bildungswesen wichtig ist.

Im informellen Sektor sind jedoch die lokalen Sprachen bedeutsamer. Luganda zu sprechen – was als Handelssprache gilt und in der Hauptstadt und einem Großteil Zen-

tralugandas gesprochen wird – entscheidet über Erfolg im Geschäftsleben.

Religionen im heutigen Uganda gehen meist auf den Kolonialismus zurück. Christentum und Islam haben die meisten Gläubigen. Wie die ethnische ist auch die religiöse Zugehörigkeit stark ausgeprägt und kann als Netzwerk fungieren, das Berufsaussichten beeinflusst.

Religiöse Gemeinschaften stellen oft Unterstützungssysteme dar, die Networking, Mentoring und sogar finanzielle Hilfe für Bildung oder Unternehmertum bieten, so etwa Organisationen wie der Uganda Muslim Supreme Council und der Inter-Religious Council of Uganda.

KORRUPTION UND VETTERNWIRTSCHAFT

Glaube und Sprache spielen eine Rolle, aber ethnische Zugehörigkeit begünstigt zweifelsohne Ernennungen und Beförderungen im öffentlichen Sektor Ugandas. Ist eine Institution oder ein Amt mit einer Person aus einer bestimmten ethnischen Gemeinschaft besetzt, werden dort meist weitere Mitglieder dieser Gruppe Stellen bekommen.

Es wird viel geklagt über Korruption und Vetternwirtschaft in Uganda. Dazu tragen selbst die höchsten Stellen bei: Die Frau unseres Präsidenten ist zugleich Bildungs- und Sportministerin, und sein Sohn wurde zum Kommandeur der Streitkräfte ernannt. Gerüchte sind weit verbreitet, dass Museveni seinen Sohn auch darauf vorbereitet, ihm als Präsident nachzufolgen.

In der Privatwirtschaft zählen Leistung und Qualifikationen oft mehr. Aber auch dort können Verbindungen aufgrund ethnischer Zugehörigkeit entscheidend sein für den beruflichen Aufstieg oder einen sicheren Job.

Es wurden zwar Anstrengungen unternommen, leistungsbezogene Systeme zu fördern, doch ist der Einfluss dieser Faktoren auf die beruflichen Aussichten immer noch groß. Vielfalt, Inklusion und Leistungsorientierung müssen gefördert werden, damit die Berufslandschaft in Uganda gerechter wird.



RONALD SSEGUJJA SSEKANDI

ist ein Autor aus Uganda und bearbeitet die E+Z/D+C-Rubrik Heutzutage.

sekandiron@gmail.com



In Uganda kommt es nicht nur auf den Lebenslauf an: Arbeiter*innen in einem Wasserkraftwerk.

SEPARATISMUS

Offene Wunden

Die ethnische Vielfalt Nigerias war oft eher Verhängnis als Chance für eine pluralistische Stärkung und Entwicklung des Landes. Das wurde nie deutlicher als während des verheerenden Biafra-Krieges.

Von Adaze Okeaya-inneh

In Nigeria gibt es 371 ethnische Gruppen. Die Yoruba, Hausa und Igbo sind die drei größten. Lange vor dem Kolonialismus lebten sie selbstverwaltet und als separate Einheiten, heirateten selten untereinander, handelten aber miteinander und führten manchmal Krieg. Nach der Unabhängigkeit vom britischen Kolonialregime im Jahr 1960 fanden sie sich in einem Staat wieder, den es vor der Ankunft der Kolonialmacht nicht gab.

Während viele Länder um ihre Autonomie kämpfen mussten, verlief der Übergang zur Unabhängigkeit in Nigeria weitgehend friedlich. Doch in den darauffolgenden Jahren traten die kulturellen und politischen Unterschiede der drei größten Gruppen deutlich zutage.

Zunächst gelang es ihnen jedoch, eine Koalitionsregierung zu bilden. Doch als Folge einer manipulierten Wahl, des Staatsstreichs vom 15. Januar 1966 und des Gegenputsches vom 28. Juli 1966 zerbrach diese. Jede Gruppe war dabei für Morde unter den jeweils anderen verantwortlich.

1966 war das Militär entlang ethnischer Linien gespalten, und es folgte ein systematisches Massaker im muslimisch dominierten Norden des Landes. Die Opfer waren christliche Igbo aus dem Osten und Südnigerianer*innen. Tausende flohen, um ihr Leben zu retten.

Die Morde an wehrlosen Zivilist*innen lösten einen Aufschrei aus, und die Regierung versprach, dass solche Tötungen sich nicht wiederholen würden. Die Igbo wurden ermutigt, in den Norden zurückzukehren. Doch kurz darauf folgte ein zweites, noch verheerenderes Massaker, bei dem mehr als 3000 Igbo getötet wurden. Als Vergeltung wurden aus dem Norden stammende Nigerianer*innen in den von Igbo dominierten östlichen Bundesstaaten ermordet.

Das in Ghana geschlossene „Aburi-Abkommen“ sollte den Frieden wiederherstellen. Kurz darauf wurde es jedoch von Oberstleutnant Yakubu Gowon, dem Vertreter der nigerianischen Militärregierung, wieder aufgehoben. Er verkündete die föderale Aufteilung Nigerias in zwölf Staaten, wodurch sich auch die Ostregion in drei Teile aufspaltete: South Eastern State, Rivers State und East Central State. Die Folge war, dass die Igbo – zum größten

souveränen Staat, was die Regierung als unrechtmäßig ansah. Kurz darauf, am 6. Juli, marschierten Regierungstruppen in die Ostregion ein – der Biafra-Krieg hatte begonnen. Er ist auch als nigerianischer Bürgerkrieg bekannt und dauerte rund drei Jahre bis zum 15. Januar 1970.

Das Ausmaß des Biafra-Krieges fand auf der ganzen Welt Beachtung. Als erster afrikanischer Krieg, über den im Fernsehen berichtet wurde, erregte er große Aufmerksamkeit in den weltweiten Medien. Der Aufstieg bekannter internationaler Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen kann als eine Folge des Biafra-Krieges gesehen werden. Ihre humanitären Bemühungen wurden jedoch durch Lebensmittelblockaden der Regierung behindert.



Biafraner*innen nehmen am katalanischen Nationalfeiertag in Barcelona teil und unterstützen die Befürworter*innen der Unabhängigkeit Kataloniens. Sie fordern dasselbe für ihre eigene Region.

Teil im East Central State beheimatet – die Kontrolle über den Großteil der Ölvorkommen in den beiden anderen Gebieten verlieren würden. Sie fühlten sich von den muslimischen Hausa und Fulani aus dem Norden, die die Regierung dominierten, verraten.

HUNGERSNOT ALS WAFFE

Am 30. Mai 1967 erklärte der Igbo-Oberst Odumegwu Ojukwu Ostnigeria zu einem

Der Biafra-Krieg war von zahlreichen blutigen Massakern gekennzeichnet, verübt sowohl von der nigerianischen als auch biafranischen Armee. Am tödlichsten aber war die Nahrungsmittelblockade. Die biafranische Armee kapitulierte vor allem wegen der folgenden Hungersnot. Manche behaupten, der Biafra-Krieg sei der erste Völkermord von Schwarzen an Schwarzen gewesen, bei dem mehr als 3 Millionen Zivilist*innen – darunter tausende Kinder –

dem Hunger und den Massakern zum Opfer fielen.

NACHHALTIGE AUSWIRKUNGEN

Der Biafra-Krieg hat in Nigeria tiefe Narben hinterlassen. Das Versprechen der Regierung auf Versöhnung, Wiederaufbau und Reintegration war und ist Wunschdenken; die Igbo wurden weiterhin politisch ausgegrenzt.

Auch heute, fast 60 Jahre nach dem Biafra-Krieg, sind Igbo weiterhin von Regierungsposten und dem Zugang zu Ressourcen ausgeschlossen. Zuletzt haben die nigerianischen Präsidentschaftswahlen 2023 deutlich gezeigt, dass die Igbo immer noch marginalisiert sind. In vielen Bundesstaaten – vor allem in Lagos, wo viele Igbo leben – wurden sie an der Stimmabgabe gehindert. Aggressionen gegen Igbo und Versuche, sie vom Wählen abzuhalten, wurden wie auch bei früheren Wahlen nicht verfolgt, sondern sogar teilweise ermutigt.

Eine Folge dessen ist die Zunahme des Igbo-Nationalismus, der Igbo-Kultur

und -Land erhalten und fördern möchte. Im Laufe der Jahre sind neue sezeptionistische Gruppen entstanden, darunter „Movement for the Actualization of the Sovereign State of Biafra“ und „Indigenous People of Biafra“. Diese Gruppen haben verschiedene nigerianische Regierungen gegen sich aufgebracht, indem sie Proteste für die Rechte der Igbo anführten. Diese Proteste haben zu unzähligen Zusammenstößen mit den Sicherheitsbehörden geführt – mit negativen wirtschaftlichen Folgen für die Igbo.

Die Frage nach der richtigen Richtung spaltet die Igbo. Die einen hoffen auf eine stärkere politische, soziale und wirtschaftliche Eingliederung in Nigeria, die anderen bevorzugen angesichts von Verachtung und Feindseligkeit nach wie vor die vollständige Abspaltung.

Bevor Großbritannien Nigeria kolonisierte, waren die Igbo autonom. Während der Kolonialzeit brachten Missionare dann nicht nur den christlichen Glauben, sondern auch eine rasche Entwicklung des Bildungssystems. Im Allgemeinen sind die Igbo für

ihren Geschäftssinn bekannt. Schon lange vor dem Krieg gab es Unmut über ihre wirtschaftliche Dominanz, insbesondere im Norden. Bis heute gehören die Igbo zu den größten inländischen Investor*innen und zu den wohlhabendsten und am besten ausgebildeten Nigerianer*innen. Die Widerstandsfähigkeit der Igbo ist in dieser Hinsicht bemerkenswert.

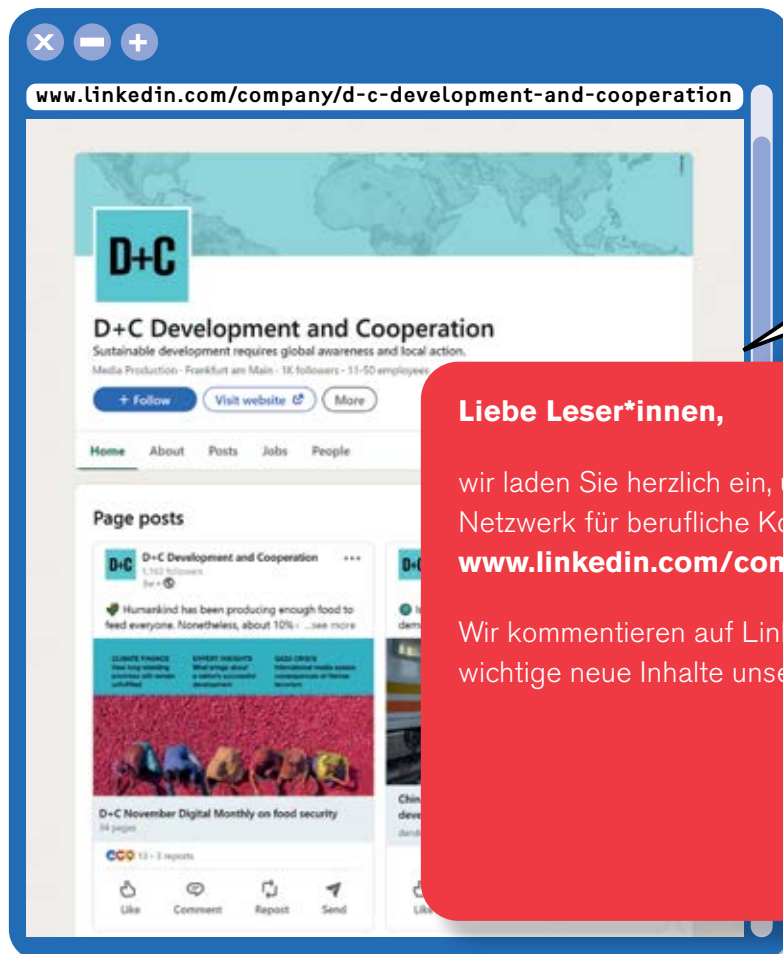
Trotz der vielen ethnischen und religiösen Zusammenstöße lässt die nigerianische Regierung keine Spaltung zu – zu groß wären in manchen Regionen die Ressourcenverluste, insbesondere bei Ölreserven.

Die Igbo halten die Erinnerung an Biafra durch die Weitergabe von Wissen und Kultur wach. Der Krieg wirft selbst Jahrzehnte nach seinem Ende noch Schatten auf die Einheit Nigerias.



ADAZE OKEAYA-INNEH
ist Journalistin und Drehbuchautorin in Lagos.

adazeirefunmi@gmail.com



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Liebe Leser*innen,
wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation**
Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.



Dravidische Sprachen sind nicht mit Hindi verwandt, und auch die Schriften unterscheiden sich: Malayalam, Hindi und Englisch auf einem Rauchverbotschild in einem Bahnhof.

HINDU-CHAUVINISMUS

Warum Südindien Modi ablehnt

Indiens Premierminister Narendra Modi hofft bei den Parlamentswahlen im April und Mai auf seine Wiederwahl. Diese gilt als wahrscheinlich. Doch sein autoritäres Streben nach einer Hindu-Vorherrschaft findet in Südindien kaum Zustimmung.

Von Krupa Ge

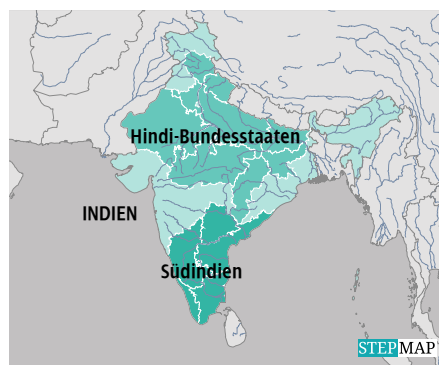
Im Februar protestierten die führenden Politiker der drei südindischen Bundesstaaten Kerala, Karnataka und Tamil Nadu in Neu-Delhi. Ihre Bundesstaaten erhalten demnach einen zu geringen Anteil an den von der Zentralregierung erhobenen Steuern. In Karnataka fließen nur etwa 15 Prozent an den Bundesstaat zurück. In Tamil Nadu und Kerala sind es 29 und 57 Prozent.

Bundesstaaten mit Hindi als Hauptsprache profitieren hingegen stark: Bihar, Uttar Pradesh und Madhya Pradesh erhalten von der Zentralregierung zwischen dem Zwei- und Siebenfachen der im jeweiligen Bundesstaat eingenommenen Steuern.

Die BJP-Partei von Premierminister Narendra Modi ist in diesen nord- und zen-

tralindischen Bundesstaaten stark. Schlechtere Entwicklungsindikatoren und Armut sind dort tendenziell hoch. Die ohnehin große Bevölkerung wächst immer noch schnell, sodass die Wahlen meist dort entschieden werden.

Landesweit sind die Geburtenraten allerdings leicht unter das Reproduktionsniveau gesunken. Südindiens Bundesstaaten würden also dafür bestraft, Entwicklungsindikatoren und Ziele der Bevölkerungskontrolle effizienter zu erreichen als die



Hindi-Bundesstaaten, argumentieren ihre Vertreter*innen.

Ein Ministerpräsident, der für einen höheren Anteil seines Bundesstaates am Finanztopf protestiert – das Bild war neu und so ungewöhnlich, dass es überregionale TV-Programme verbreiteten. Und das, obwohl die meisten Medien ihre Unabhängigkeit weitgehend an die Zentralregierung abgetreten haben. Dafür erhalten sie Werbeeinnahmen öffentlicher Einrichtungen und werden nicht von Ermittlungs- oder Steuerbehörden schikaniert.

Modis Mandat ist jedoch schwächer, als es scheint. Bei den Parlamentswahlen 2019 wurde seine Partei nur von 38 Prozent der Wähler*innen unterstützt. Wegen des Mehrheitswahlsystems erreichte er mit 303 von 543 Sitzen dennoch eine komfortable Mehrheit. Dabei ist irrelevant, ob ein*e Kandidat*in die Mehrheit eines Wahlkreises bekommt oder nur mehr als jede*r andere Mitbewerber*in. Fünf Jahre zuvor fielen die Ergebnisse ähnlich aus.

Modi hat sein Mandat genutzt, um das Land zu verändern. Der Verfassung nach ist Indien ein säkularer Staat. Doch gemäß der chauvinistischen BJP-Ideologie namens Hindutva soll Indien eine Hindu-Nation werden. Islamfeindliche Mobs zetteln strategisch blutige Unruhen an. Die BJP – und die von ihr geführten Institutionen – behandeln Muslim*innen und damit knapp 15 Prozent der Bevölkerung als Bürger*innen zweiter Klasse. Teilweise werden auch Christ*innen ausgegrenzt.

PARLAMENTSWAHLEN VOR DER TÜR

Modi möchte nun zum dritten Mal Premierminister werden; die diesjährigen Parlamentswahlen finden in mehreren Etappen im April und Mai statt. Dabei brüstet er sich mit seiner antimuslimischen Haltung (siehe Kasten).

Darf man Modi-freundlichen Medien glauben, wird er wohl Erfolg haben. Seine autoritäre Politik würde er dann noch tiefer verankern. Die Hindutva-Propaganda wird derzeit allerdings in einigen Bundesstaaten abgelehnt, insbesondere im Süden des Landes.

Immerhin ist der Hinduismus in Südindien tief verwurzelt. Hunderte alte und prächtige Tempel stehen dort und ziehen unzählige Gläubige an. Einige sind weltbekannte Touristenattraktionen. Die Legen-

den und die Historie sind voll von mächtigen hinduistischen Herrschern.

SÜDINDIEN IST ANDERS

Es gibt mehrere Gründe, weshalb die Staaten im Süden Modi bisher abgelehnt haben. Die BJP propagiert, Indien sei eine monolithische Nation mit einer einzigen Kultur und Hindi als Amtssprache. In den Augen des Südens ist das schlichtweg falsch.

Die regionalen Sprachen Südindiens gehören zu den dravidischen Sprachen und sind nicht mit dem indoeuropäischen Hindi verwandt. Die Anti-Hindi-Agitationen reichen bis in die 1930er-Jahre zurück, als die Chakravarti Rajagopalachari geführte Regierung des Indischen Nationalkongresses in der Provinz Madras (ehemalige südindische Bundesstaaten) Hindi auf Kosten der dravidischen Sprachen förderte.

Die BJP wird heute als eine nordindische Hindi-Partei angesehen. Ihr gelingt es kaum, den Süden von ihrer „Vision“ zu überzeugen. Sie versteht nicht, dass der Hinduismus des Südens anders ist. Der Süden wurde stark beeinflusst durch den Buddhismus und den Jainismus, die beide das Kastensystem ablehnen, demzufolge Brahman*innen von Geburt an überlegen sind.

Außerdem hat der Süden viele hinduistische religiöse Reformen*innen,

Sänger*innen und Dichter*innen hervorgebracht, die die spirituelle Landschaft nachhaltig geprägt haben.

In Tamil Nadu war die Regionalpartei Dravida Munnetra Kazhagam erfolgreich, weil sie sich auf die dravidischen Wurzeln der Region konzentrierte. Dazu gehört eine starke antibrahmanische Tradition, die auf Periyars Dravidische Bewegung vor fast einem Jahrhundert zurückgeht.

Die Kaste ist in Südindien nicht einfach verschwunden, doch durch die Bewegung etablierte sich eine nichtbrahmanische Führungsschicht in ganz Südindien. Ursprünglich forderte sie eine eigene Nation, die Dravida Nadu heißen sollte. Dazu kam es nicht. Das dravidische Selbstbewusstsein trug aber dazu bei, dass die Verfassung des unabhängigen Indiens nicht eine allmächtige Zentralregierung in Delhi vorsieht, sondern auch den Bundesstaaten eine wichtige Rolle zuteilt.

Die Regionalparteien betonen, dass die südindischen Hindus mehr mit den südindischen Muslim*innen gemeinsam haben als mit den nordindischen Hindus.

Jeder Bundesstaat hat seine politischen Eigenheiten. Das ist im Süden nicht anders. Im Küstenstaat Karnataka ist die BJP auf dem Vormarsch, sie regiert sogar den Bundesstaat. Ihre Islamophobie kam allerdings nicht gut an. Für Unmut sorgte

etwa ein Hijab-Verbot in der Schule. Hindu-Chauvinist*innen verloren die Wahlen im vergangenen Jahr deutlich.

Als letztes Mittel droht die BJP im Norden mit einem Krieg gegen Pakistan und einer Annexion von Kaschmir. Auch schürt sie Ressentiments gegen Bangladesch. In Südindien zeigt das aber weniger Wirkung, weil dieser Teil des Landes weniger von der blutigen Teilung 1947 traumatisiert wurde. Als das koloniale Indien aufgeteilt wurde in Indien und Pakistan, starben Hunderttausende durch Gewalt zwischen Hindus und Muslim*innen. Der Süden blieb weitgehend verschont.

Gemeinsame Sprachen und regionale Traditionen schaffen starke Zugehörigkeitsgefühle. Politische Parteien können sie nutzen, um Gräben vor Ort zuzuschütten und sich gegen den Hindu-Chauvinismus zu wehren. Dabei bedienen sie sich auch faktenbasierter Narrative wie „der Norden gedeiht, indem er den Süden ausplündert“. Sie kursieren schon seit Jahrzehnten, lange vor dem landesweiten Aufstieg der BJP. Die Hoffnung ist berechtigt, dass sie sich in Südindien nicht durchsetzt.



KRUPA GE
ist Journalistin und
Schriftstellerin und lebt in
Tamil Nadu.
krupa.ge@gmail.com

Botschaften von Hass und Dominanz

Anfang dieses Jahres weihte Premierminister Narendra Modi in der nordindischen Stadt Ayodhya einen neuen Ram-Tempel ein. Am selben Ort rissen fanatische Hindus 1992 die jahrhundertalte Babri-Moschee nieder, was zu tödlichen Unruhen in ganz Südasien führte, mit rund 3000 Toten allein in Indien.

Damals führte Modis Partei BJP die Unruhen an. Heute instrumentalisiert sie den neuen Tempel zu einem Symbol des Nationalstolzes.

Niemand bezweifelt, dass der Zeitpunkt der Einweihung bewusst gewählt war, um Modis Wahlkampf zu dienen. Seine Regierung bringt ihre antisäkulare Einstellung immer mehr zum Ausdruck. Vor Kurzem hat sie ein umstrittenes Gesetz zur Änderung der Staatsbürgerschaft in Kraft gesetzt, das vor der Covid-19-Pandemie verabschiedet wurde.

Das Gesetz hatte eine landesweite Protestbewegung ausgelöst. Es gewährt Geflüchte-

ten aus Pakistan, Afghanistan oder Bangladesch schnellen Zugang zur indischen Staatsbürgerschaft, wenn sie aus religiösen Gründen geflohen sind – schließt jedoch ausdrücklich Muslim*innen aus, obwohl Ahmadi oder Schiit*innen dort häufig diskriminiert werden. Kritiker*innen befürchten zudem, das Gesetz könne dazu benutzt werden, indischen Muslim*innen die Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn ihre Familien keine Dokumente vorweisen können, die belegen, dass sie vor der Teilung im Jahr 1947 im Land geblieben sind.

Die BJP gehört zu einem Netzwerk aus Organisationen,

die eine hinduistische Vorherrschaft anstreben. Dominiert wird es von der rechtsgerichteten Kaderorganisation RSS, die Indien zu einer Hindu-Nation machen will. Sie unterstützte nicht den Kampf um Unabhängigkeit, dessen Anführer*innen Indien zu einer säkularen Nation machen wollten, die alle Religionen akzeptiert. Auch der Mörder von Mahatma Gandhi war ein RSS-Anhänger. Trotz ihrer unpatriotischen Geschichte behaupten RSS und BJP, die wahren Nationalist*innen Indiens zu sein. Wird Modi wieder Premierminister, dürfte auch die säkulare Demokratie weiter ausgehöhlt werden. E+Z/D+C

Islamische Identität reicht nicht aus

Pakistan ist eine gesplante Nation mit einem instabilen politischen System. Die Fokussierung auf den sunnitischen Islam hat nicht die erhoffte Einheit gebracht.

Von Maryam S. Khan

Seit seiner Gründung 1947 strebt Pakistan nach dem Ideal einer vereinten nationalen Identität. Als multikultureller Staat, der sich ursprünglich aus zwei geografisch getrennten „Flügeln“ auf beiden Seiten Indiens zusammensetzte, hat das Land mit der Frage gerungen, was es zu einem „Nationalstaat“ macht. Die islamische Identität wurde zum Kitt, der dieses mehrheitlich muslimische, aber ansonsten sehr vielfältige Land zusammenhält.

Der Islam war eine stark mobilisierende Kraft in der Geschichte der pakistanischen Unabhängigkeit und diente als Quelle politischer Legitimität. Allerdings wurde er häufig zur Unterdrückung von politischem Dissens und damit auch von religiösen Minderheiten eingesetzt. Er diente zudem dazu, die Bedeutung ethnolinguistischer Identitäten abzuschwächen.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit gab es in Pakistan eine beträchtliche Hindu-Minderheit, die etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Die meisten lebten im ehemaligen Ostflügel, dem heutigen Bangladesch. Nachdem die Teilung Britisch-Indiens zu brutaler Gewalt zwischen Muslimen und Hindus geführt hatte, versuchte die Regierungsklique Pakistans in den 1950er-Jahren alles, um den politischen Einfluss der Hindus zu untergraben. So wurden beispielsweise „getrennte Wahlkreise“ für alle religiösen Minderheiten geschaffen: Hindus konnten nur für Hindus stimmen, Christ*innen nur für Christ*innen und so weiter.

1971 erkämpfte Bangladesch in einem blutigen Befreiungskrieg die Unabhängigkeit von Pakistan. Zur Legitimation seines völkermörderischen Einsatzes von Gewalt sprach das pakistanische Militär von der „Hindu-Bedrohung“. Heute liegt der Anteil der nichtmuslimischen Bevölkerung in Pa-

kistan laut der jüngsten Volkszählung bei nur etwa drei Prozent.

Der sogenannte islamische Nationalismus ist jedoch im Wesentlichen ein sunnitischer Nationalismus. Schiiten, Ismaeliten und andere muslimische Minderheiten werden diskriminiert und manchmal sogar verfolgt, wie ich vor einigen Jahren auf E+Z dargelegt habe.

FUNDAMENTALISTISCHE MILIZEN

Pakistans Experiment mit dem religiösen Nationalismus ist gescheitert. Am schlimmsten war wohl, dass das Militär über vier Jahrzehnte hinweg gewalttätige fundamentalistische Milizen geschaffen und gefördert hat – zunächst, um im Stellvertreterkrieg der USA gegen die Sowjetunion in Afghanistan in den 1980er-Jahren zu kämpfen. Oft bekämpften sich die militanten Gruppen aus sektiererischen und anderen Gründen gegenseitig. In Pakistan selbst haben sie schon mehrfach Terroranschläge verübt.

Der Kontext dieser Konflikte ist für alle, die mit ihrer jüngsten Geschichte nicht vertraut sind, äußerst verwirrend. Jedenfalls haben sie die Feindseligkeit vieler gewöhnlicher Pakistanis gegenüber religiö-

sen Minderheiten verstärkt. Davon zeugen Grabschändungen und die häufigen Brandstiftungen an heiligen Stätten von Nichtmuslimen. Die religiöse Polarisierung geht sogar so weit, dass der Mob bei den vermehrten Fällen von Lynchjustiz aufgrund von „Blasphemie“ keinen Unterschied zwischen Muslimen und Nichtmuslimen macht.

Religiöse Zugehörigkeit hat so die ethnolinguistische Vielfalt überschattet, die der föderalen Struktur Pakistans zugrunde liegt. Teilweise trug diese Vielfalt dazu bei, der Übermacht des Militärs zu widerstehen. Der Subnationalismus der Minderheiten schwankt je nach Dominanz der Punjabis und richtet sich teils sowohl gegen den Islamismus als auch gegen die zentralisierende Politik des Staates. Wichtigstes Beispiel: der bengalische Nationalismus und die Gründung von Bangladesch im Jahr 1971.

Infolge dieses Verlusts wurde der neue pakistanische Staat in der Verfassung von 1973 als multinationale Föderation mit vier Provinzen geschaffen: Punjab, Sindh, Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan. Sie spiegeln die verbreitetsten ethnolinguistischen Identitäten wider. Jede Provinz beherbergt aber auch Minderheiten anderer ethnischer oder sprachlicher Gruppen.

Nach Jahrzehnten politischer Instabilität und mehreren Militärputschen stärkte eine Verfassungsänderung im Jahr 2010 diese ethnisch-föderale Struktur. Die Provinzen erhielten weitreichende legislative Befugnisse, was die Macht des Militärs politisch und wirtschaftlich beschränkte.



Sarg des Opfers eines militanten Anschlags in Belutschistan im April 2024.

Auffallend ist, dass islamistische Parteien bei Wahlen kaum eine Rolle spielten. Ethnolinguistische Konkurrenz dagegen ist bedeutsam. Nirgendwo wird dies deutlicher als in Karatschi, Pakistans größte Stadt mit 15 Millionen Einwohner*innen, wo Wirtschaftsmigrant*innen aus dem ganzen Land in ethnisch definierten Vierteln wohnen. Der Wettbewerb zwischen den Ethnien spiegelt sich auch in Quoten für die höhere Bildung und staatliche Stellen. Diese Quoten sollen eine gerechte Vertretung aller Gemeinschaften gewährleisten, geben aber ständig Anlass zur Beanstandung.

Pakistan hat also in puncto Inklusion keine großen Fortschritte gemacht, und die Föderation ist heute alles andere als stabil. Derzeit regiert eine Mehrparteienkoalition, die Anfang des Jahres durch Wahlmanipu-

lation des Militärs an die Macht kam. Ihr gehören zwei große Parteien an, die seit Langem in erbitterter Rivalität zueinander stehen. Herausgefordert wird sie von einer rechtspopulistischen Bewegung, die bei den jüngsten Wahlen weit mehr Sitze gewonnen hat, als das Establishment erwartet hatte.

Das Militär ist darauf bedacht, seine wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Sein Manövrieren, in Verbindung mit der anhaltenden Dominanz des Punjab, verheißt nichts Gutes für die ethnischen und sprachlichen Minderheiten. Belutschistan ist ein extremes Beispiel: Die Provinz im rohstoffreichen und dünn besiedelten Südwesten leidet seit Jahrzehnten unter militärischer Unterdrückung. Der Konflikt gipfelte dort in einem Aufstand, der noch anhält. Viele Menschen wurden verschleppt.

Das Militär will die Macht der subnationalen Einheiten zurückdrängen und versucht, Konflikte auszunutzen. Es ist aber offensichtlich, dass seine jahrzehntelange Betonung einer Ordnung auf Basis der muslimischen Einheit nicht funktioniert, sondern nur die aktuellen Spannungen erzeugt hat.



MARYAM S. KHAN
ist Wissenschaftlerin am
Institute of Development and
Economic Alternatives
(IDEAS) in Lahore, Pakistan.

Sie hat vor Kurzem an der Universität von Wisconsin, USA, ihre Doktorarbeit in Rechtswissenschaften über die Geschichte der pakistanischen Verfassung abgeschlossen.
maryam.khan@ideaspak.org

Politisch selbstbewusste Frauen

Im Zuge der weltweiten MeToo-Bewegung hat sich in Pakistan eine neue Welle feministischer Politik formiert. Sie macht das Recht von Frauen und queeren Menschen geltend, sich im öffentlichen Raum ohne Angst vor Belästigung und Gewalt zu bewegen.

Jedes Jahr am 8. März, dem Internationalen Frauentag, findet in vielen Städten der Aurat-Marsch („Frauenmarsch“) statt. Im Mittelpunkt steht der Kampf von Frauen gegen das Patriarchat – in ihrem Alltag zu Hause, in der Familie und in der Gesellschaft.

Junge Feminist*innen fordern, die ihrer Meinung nach falsche Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre aufzuheben. Sie rücken bisher tabuisierte Themen wie Sexualität und Körperlichkeit in die öffentliche Wahrnehmung. Ein zentraler Slogan des Frauenmarschs lautet „mera jism meri marzi“ („Mein Körper, meine Entscheidung“). Er verweist

auf den allgegenwärtigen körperlichen Missbrauch und die sexuelle Gewalt gegen Frauen, bekräftigt aber auch die körperliche und sexuelle Autonomie von Frauen und anderen diskriminierten Gruppen.

Für frühere Generationen waren solch uneingeschränkte Bekenntnisse zum Feminismus undenkbar. Viele Menschen finden Slogans des Frauenmarschs skandalös, etwa „khana khud garam kar lo“ („Wärm dir dein Essen selbst auf“), „mein tumhari izzat nahi hoon“ („Ich bin



Teilnehmerin an einem Frauenmarsch in Islamabad 2019.

nicht deine Ehre“), „tou karay tou stud, mein karoon tau slut“ („Wenn du es tust, bist du ein Hengst, wenn ich es tue, bin ich eine Schlampe“) und „meri shadi ki nahi, pehlay meri taaleem ki fikar karo“ („Kümmere dich um meine Bildung, nicht um die Ehe“).

Parallel zum Beginn des Aurat-Marschs konnten Pakistans indigene und stark stigmatisierte Transgenderpersonen, die sogenannten Hijras, 2018 die wichtige Forderung durchsetzen, sich als „drittes Geschlecht“ zu identifizieren. Sie sind geschlechtlich vielfältig und umfassen Trans- und Intersexpersonen sowie Eunuchen. Ihre Unterdrückung hat eine lange Geschichte, die in Südasien auf diskriminierende Kolonialgesetze aus dem späten 19. Jahrhundert zurückgeht. Homo- und transphobe Gewalt ist nach wie vor weit verbreitet, aber die Reformen von 2018 haben Hijras zumindest rechtlichen Schutz und sozioökonomische Rechte gewährt.

Wie in vielen anderen Teilen der Welt trifft der Einsatz für Geschlechterrechte auf den Wi-

derstand von Staat und Gesellschaft. In Pakistan sind es nicht nur rechtsgerichtete Gruppen, sondern – noch beunruhigender – auch staatliche Institutionen, die sich dagegenstellen. Erst vergangenes Jahr hob beispielsweise das islamische Schariagericht eine Reihe von Bestimmungen zugunsten der Hijras im neuen Gesetz auf – mit der Begründung, es verstöße gegen islamische Vorgaben. Diese marginalisierte Gruppe ist dadurch noch stärker von Verfolgung bedroht. Ironischerweise hatte ein progressives Urteil des Obersten Gerichtshofs den Weg für die Reform von 2018 geebnet.

Die Bewegung des Frauenmarschs gerät jedes Jahr in einen Sog von Kritik, Drohungen und Onlinebelästigungen, erhält aber bisher keinen ernsthaften staatlichen Schutz. Ermutigend sind die enorme Ausdauer und Beharrlichkeit, mit der die Frauen und diskriminierten Minderheiten in Pakistan ihren Kampf fortsetzen. Diese Art des Beharrens auf Grundrechten ist genau das, was das Land braucht. MK



Radikale Gruppen rekrutieren weltweit: palästinensische Mitglieder der Al-Quds-Brigaden, des militärischen Flügels der Terrororganisation Islamischer Dschihad, in Beirut, Libanon.

ISLAMISMUS

Extremistische Verlockung

Viele Muslim*innen in Deutschland fühlen sich von der Bundesregierung im Stich gelassen. Das ruft radikale Gruppen auf den Plan. Sie instrumentalisieren den Gaza-Krieg für ihre Zwecke und werben auf Social Media um junge Menschen, wie Extremismus-Experte Ahmad Mansour erklärt.

Von Kim Berg

Am 7. Oktober überfiel die Hamas Israel und tötete etwa 1200 Menschen. Auf die Attacke folgte eine Gegenoffensive Israels im Gazastreifen, mit dem Ziel, die Organisationsstrukturen der Hamas zu zerstören. Internationale Proteste gegen den massiven Militäreinsatz ließen nicht lange auf sich warten. Weltweit demonstrierten Millionen gegen den Krieg in Gaza. Das spielte der Hamas in die Karten.

„Mit einer erhöhten Social-Media-Präsenz mobilisiert die Hamas Menschen dazu, gegen den Krieg auf die Straßen zu gehen“, erklärt der israelisch-deutsche Psychologe Ahmad Mansour. So entsteht Druck auf die jeweiligen Regierungen, den Krieg zu stoppen. Mansour gründete 2017 in Berlin „Mind Prevention“, eine Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Zusätzlich arbeitet der arabische Israeli mit radikalisierten Jugendlichen in Gefängnissen und bietet Workshops in Schulen, Asylheimen und Willkommensklassen.

Mit ihrer Strategie erreicht die Hamas in Deutschland vor allem Muslime, von denen sich viele von der Politik im Stich gelassen fühlen. „Die deutsche Politik hat sich ganz klar auf die Seite Israels gestellt. Das ist gut und richtig, aber man darf die begründeten Sorgen der Palästinenser nicht aus dem Blick verlieren“, sagt Mansour.

Laut der Deutschen Islam Konferenz leben etwa 5,5 Millionen Muslime in Deutschland. Viele von ihnen sehen sich aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit mittlerweile unter Generalverdacht. „Die Kommunikation der Bundesregierung seit dem 7. Oktober hat islamistischen Ideologen Futter gegeben“, meint Mansour. Er sieht einen starken Anstieg radikaler Bewegungen seit Kriegsbeginn. Viele Muslime hätten das Vertrauen in die Bundesregierung verloren und gerieten auf der Suche nach Verständnis nicht selten an radikale Gruppierungen.

Ideologen nutzen diesen Bruch. Sie propagieren, dass Deutschland sich nie für die muslimische Community interessiert habe und dass deren Emotionen weder ge-

sehen noch beachtet würden. Dabei fokussieren sich radikale Gruppen vor allem auf die Ansprache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die über Social Media schnell und überall erreichbar sind.

EMOTIONALE SOCIAL-MEDIA-PROPAGANDA

Unter allen Jugendschutzverstößen auf Social Media, die das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet im Jahr 2022 bearbeitete, waren 13 Prozent dem politischen Extremismus zuzuordnen. Laut Mansour nahmen seit dem 7. Oktober extremistische Botschaften im Netz zu. „Menschen, die früher Katzenvideos in ihrem Feed angeschaut haben, bekommen nun Propagandavideos islamistischer Gruppierungen zum Nahostkonflikt zu sehen“, sagt er.

Das Problem liegt in erster Linie im Algorithmus. Suchen Menschen nach bestimmten Themen, so werden ihnen von Instagram, Tiktok und Co. im Folgenden vor allem diese Themen in den Feed gespült. Videos und Beiträge sind kurz und oft aus dem Kontext gerissen. Extremistische Gruppierungen setzen für ihre Propaganda auf Emotionen, das kommt gut an.

Bereits die Terrormiliz ISIS verfügte über eine ausgefeilte Medienstrategie, mit der sie tausende Kämpfer nach Syrien und in den Irak lockte. Multimedial und multilingual verbreitete die Organisation ihre Propaganda über Telegram und X, vormals Twitter. Sie entwickelte ein eigenes Magazin und produzierte Propagandafilme, die vergleichbar waren mit den Rekrutierungsvideos der US-Armee. Neben Rache und Vergeltung versprach ISIS potenziellen Anhängern die Möglichkeit, bei der Errichtung eines Kalifats mitzuwirken und so Geschichte zu schreiben. Das sprach vor allem Jugendliche an, die im Alltag Ausgrenzung und Diskriminierung erlebt hatten.

SUCHE NACH ZUGEHÖRIGKEIT UND SINN

Im Jahr 2015 reisten 680 Personen von Deutschland nach Syrien aus, um sich ISIS anzuschließen, die meisten zwischen 16 und 25 Jahre alt. Zwar unterschieden sich die Ursachen für ihre Radikalisierung, doch stellte der Politikwissenschaftler Marwan Abou Taam nach einer Analyse ihrer Biografien einige Gemeinsamkeiten fest: Viele der Jugendlichen kämpften mit Identitätspro-

blemen und waren auf der Suche nach Zugehörigkeit und einem Sinn im Leben. Sie wollten eine Rolle in der Gesellschaft einnehmen, die ihnen bis dato in der eigenen Wahrnehmung verwehrt wurde. Die meisten waren Kinder von Einwander*innen und lebten in dritter Generation in Deutschland. Von ihrer Familie wurden sie vorwurfsvoll als „Deutsche“ bezeichnet, von der Gesellschaft als „Muslime“ problematisiert.

Die Radikalisierung erweise sich für viele junge Menschen als Bereicherung, so Mansour. „Sie haben ein neues soziales Umfeld, das ihnen das Gefühl vermittelt, besser zu sein als alle anderen. Sie gehören somit nach eigenem Empfinden einer Elite an und fühlen sich deshalb überlegen – für die meisten eine völlig neue Erfahrung.“ Jugendliche sind vor allem dann offen für Propaganda, wenn sie sich in einer labilen

Situation befinden. Das können Mobbing-Erlebnisse sein, der Übergang von der Schule ins Berufsleben, der nicht reibungslos verläuft, oder der Tod eines nahestehenden Menschen.

„Sowohl Islamisten als auch Rechtsradikale schaffen eine emotionale Bindung zu den Jugendlichen“, erklärt Mansour. Sie zeigen Interesse, eröffnen neue Perspektiven, geben Orientierung, Halt und eine Aufgabe im Leben – also alles, was Menschen in Krisensituationen hilft, wieder Selbstvertrauen zu fassen. „Je komplexer die Welt, je größer die Krisen, desto größer der Wunsch nach einfachen Antworten. Und diese Antworten liefern radikale Ideologen“, sagt der Psychologe.

Mansour und sein Team suchen den Dialog mit radikalisierten Menschen und begleiten sie teils jahrelang in Einzelfall-

betreuung und mit psychologischer Unterstützung. „Trotzdem gibt es nie eine Garantie, dass wir Erfolg haben“, sagt er. Aus seiner Sicht ist mehr Diskussion auf sachlicher Ebene nötig – auch zu Themen, die Angst machen können: „Demokratie ist Streit, Demokratie ist der Austausch von Argumenten und Demokratie ist es, aushalten zu müssen, wenn Menschen anderer Meinung sind. Wir müssen Menschen mit unterschiedlichen Meinungen zusammenbringen und miteinander in harte Diskussionen gehen.“



KIM BERG
ist Redakteurin bei der Kommunikationsagentur Fazit und spezialisiert auf politische Kommunikation.

kim.berg@fazit.de

HISTORISCHE VERANTWORTUNG

Missverstandener Kampf gegen Antisemitismus

Israel kritischer zu betrachten als andere Staaten gilt zu Recht als antisemitisch. Hiesige Entscheidungstragende in Politik und Medien behandeln aber Israel nachsichtiger als andere Staaten. Philosemitismus, die vorurteilsbeladene Sympathie für alles Jüdische, ist aber kein wirksames Mittel gegen Antisemitismus, sondern nur dessen Kehrseite. Auf dem Spiel steht Deutschlands internationale Glaubwürdigkeit.

Von Hans Dembowski

Von Angehörigen des Islam erwarten wir in Deutschland, dass sie sich vom Extremismus distanzieren und zum Existenzrecht Israels bekennen. Sonst hören wir ihnen nicht zu.

Israelis behandeln wir anders. Wer mit radikalzionistischen Motiven Siedlungen im Westjordanland baut, gilt als zu rand-

ständig und zu wenig ernst zu nehmen, als dass irgendjemand sich distanzieren müsste. Dabei ignorieren wir, dass die Siedlerbewegung im israelischen Kabinett prominent vertreten ist und – wie Premierminister Benjamin Netanjahu – das Existenzrecht eines palästinensischen Staates strikt ablehnt. Staatliche Sicherheitskräfte schützen die Siedlungen, die auch auf andere Weise gefördert werden.

Nicht nur palästinensischer Terrorismus verhindert seit Jahrzehnten den Frieden. Auch Israels radikalzionistische Kräfte tragen dafür Verantwortung. Zur Erinnerung: Den friedensbereiten Premier Jitzchak Rabin erschoss ein Israeli. Irrtümlich wird Israels populistische Rechte in hiesigen Medien oft „orthodox“ genannt. Das zeigt, wie wenig hierzulande über das Judentum bekannt ist. Tatsächlich ist nicht nur die Ablehnung von Wehrdienst, son-

dern auch Antizionismus in manchen orthodoxen Strömungen verbreitet.

Die Siedlungspolitik im Westjordanland hält seit Jahren an und gewinnt seit einiger Zeit an Tempo. Dort leben heute 600 000 bis 700 000 Israelis. Sie verfügen über solide Infrastruktur samt eigenen Fernstraßen, die nur sie nutzen dürfen. All das erfordert Platz im ohnehin schon dicht besiedelten Besatzungsgebiet. Aufwendige Schutzstrukturen machen der palästinensischen Bevölkerung von rund 3 Millionen Menschen die Bewegung von Ort zu Ort schwer. Netanjahu artikuliert auch klar Annexionswünsche, obwohl dort laut Osloer Verträgen der palästinensische Staat entstehen soll. Einige Kabinettsmitglieder haben im Frühjahr sogar an einer Tagung teilgenommen, die bereits die israelische Besiedlung des Gazastreifens nach Kriegsende erwo.

Besatzungspolitik samt Siedlungsbau entsprechen seit Langem weder den Menschenrechten noch dem Völkerrecht. Wehrlose Menschen werden systematisch enteignet und oft auch umgebracht. Israelis erfreuen sich nach tödlicher Gewalt meist der Straffreiheit, wie Menschenrechtsorganisationen berichten, wohingegen die Militärjustiz minderjährige Teenager selbst nach folgenlosen Steinwürfen bei Protesten

ins Gefängnis schickt. Nichts davon passt zum Gleichheits-, Demokratie- oder Rechtsstaatsverständnis unseres Grundgesetzes.

UMSTRITTENE BEGRIFFE

Es lässt sich darüber streiten, ob Israel Apartheid und Genozid vorgeworfen werden können. Es bringt aber nichts, schon die Verwendung der Begriffe als antisemitisch abzulehnen und damit die Diskussion zu unterbinden. Wir müssen ernst nehmen, dass der Internationale Gerichtshof (IGH) – anders als die Bundesregierung – Südafrikas Völkermordklage im Januar nicht für gegenstandslos erklärt hat. Sogar der israelische Richter stimmte für zwei der Auflagen, die der IGH Israel machte. Auch er forderte die Unterbindung genozidaler Rhetorik und die Beschleunigung humanitärer Hilfe.

Dennoch wächst sich in Gaza die Versorgungsnotlage nun zu der Hungersnot aus, vor der zivilgesellschaftliche Organisationen seit Januar warnen. Nicht einmal den USA hätten wir es verziehen, wenn so etwas im Irakkrieg geschehen wäre – und schon gar nicht, wenn ein Spitzenpolitiker vorher angekündigt hätte, „menschliche Tiere“ würden von Lebensmitteln und Wasser abgeschnitten. Das hat Yoav Gallant, Israels Verteidigungsminister, aber getan. Daran, dass in Gaza Kriegsverbrechen geschehen, besteht kaum Zweifel.

Ähnlich relevant ist, dass die israelische Menschenrechtsorganisation B'tselem seit Jahren von Apartheid spricht. Ihrem Beispiel folgten Human Rights Watch und Amnesty International, auf deren normalerweise juristisch solides Urteil wir sonst großen Wert legen. Ihnen pauschal Antisemitismus vorzuwerfen, wird der Sache nicht gerecht und verhindert die Auseinandersetzung über ernste menschenrechtliche Probleme.

Wir sagen immer wieder, Kritik an Israel bleibe erlaubt. Diplomatisch formulierte Beanstandungen verhalten aber ungehört, während auf härtere Rhetorik sofort das Antisemitismusurteil folgt und die Debatte beendet. Das entspricht dem rechtspopulistischen Politikstil Netanjahus. Er rechtfertigt im Zweifel alles mit Israels Sicherheitsbedürfnissen angesichts des weltweit grassierenden Antisemitismus. Dabei trägt die aggressive Besatzungspolitik zu regionalen Spannungen bei und weckt damit auch Ressentiments.



Regisseur Yuval Abraham (links) kritisierte während der Berlinale die Politik seines Landes und ertete Antisemitismusvorwürfe.

So lassen sich die vielen in Deutschland lebenden muslimischen Jugendlichen nicht erreichen. Sie sehen, dass wir im Falle des jüdischen Staates Dinge akzeptieren, die uns bei jeder islamischen Republik empören würden. Grundsätzlich lehnen wir es ab, eine Nation eng mit konfessionellen oder ethnischen Kriterien zu definieren und alle, die diesen nicht entsprechen, auszugrenzen. Indien darf aus unserer Sicht kein Hindustaat werden, und die überwiegend weißen „christlichen Nationalisten“, die in den USA Trump unterstützen, finden unsere Medien zu Recht abstoßend.

JÜDISCHER ODER DEMOKRATISCHER STAAT?

Die wichtige Debatte, ob Israel auf Dauer ein jüdischer oder ein demokratischer Staat sein soll, wird hierzulande kaum wahrgenommen. Ohne Zwei-Staaten-Lösung kann Israel jedoch nicht beides bleiben, denn zwischen Mittelmeer und Jordan leben ungefähr gleich viele palästinensische wie jüdische Menschen. Netanjahu fordert auf Dauer militärische Dominanz im gesamten Gebiet. In Bezug auf die Frage „jüdisch oder demokratisch“ spricht sein bislang erfolgloser Versuch, das Oberste Gericht zu entmachten, jedenfalls Bände. Es hat immer wieder Minderheitenrechte verteidigt.

Ernst zu nehmende Stimmen schlagen statt der Zwei-Staaten-Lösung inzwischen einen gemeinsamen säkularen Staat

für alle Religionsgemeinschaften vor. Das ist lösungsorientiert, wenn auch kurzfristig ebenso wenig umsetzbar wie die Zwei-Staaten-Lösung. Hierzulande wird dennoch jedwedes Abrücken vom jüdischen Staat als antisemitisch abgelehnt.

Seit Jahrzehnten predigen wir arabischen Staaten, sie bräuchten Demokratie und Menschenrechte. Die Menschen dort wissen jedoch, dass Deutschland Israel diesbezüglich mit Blick auf die besetzten Gebiete keinen wirkungsvollen Druck macht. Lippenbekenntnisse zur Zwei-Staaten-Lösung schützen unsere Glaubwürdigkeit nicht, solange es folgenlos bleibt, dass Israels Regierung diese Lösung nach Kräften verhindert. Auch die Forderung nach mehr Schutz vor Siedlergewalt wirkt zu blass, weil das Ende der Siedlungspolitik und die volle Anerkennung palästinensischer Menschen- und Eigentumsrechte nötig wären. Uns sollte obendrein zu denken geben, dass Netanjahu offensichtlich die Eskalation des Gaza-Kriegs in einen regionalen Flächenbrand riskiert, den die Bundesregierung verhindern will.

Auch nichtmuslimische Menschen nehmen in Deutschland Doppelmoral wahr – zum Beispiel, wenn das, was wie ein Vergeltungsfeldzug in Gaza aussieht, pauschal mit dem „Selbstverteidigungsrecht Israels“ gerechtfertigt wird. In Gaza sind mittlerweile 34 000 Tote zu beklagen – mehrheitlich Frauen und Kinder.

Selbstverständlich rechtfertigt Israels rechtswidrige Besatzungspolitik nicht den blutrünstigen Terror der Hamas. Dieser macht jedoch auch die aktuellen Horrorszenarien in Gaza nicht akzeptabel. Wir sollten das Leid beider Seiten ernst nehmen, uns aber auch davor hüten, die Gräueltaten gegeneinander aufzuwiegen. Wer eine regelbasierte Weltordnung will, sollte darauf bestehen, dass der Internationale Strafgerichtshof Verbrechen beider Seiten ahndet.

Es stimmt, dass in Israelkritik oft antisemitische Topoi mitschwingen. Ebenso richtig ist, dass der Philosemitismus oft islamophobe Züge trägt. Keins von beidem macht berechtigte Kritik gegenstandslos.

Von der aktuellen Polarisierung zwischen pro-israelisch als dem Gegenteil von anti-israelisch (und mithin antisemitisch) profitieren indessen beide Kriegsparteien in Gaza. Sowohl Netanjahu als auch die islamistische Terrororganisation Hamas betreiben ausgrenzende Identitätspolitik. Beide inszenieren sich als einzig legitime Stimmen von Völkern mit langen Leidensgeschichten. Die Hamas gibt sich als Organisation, die sich gegen israelisches Unrecht wehrt – und ihre internationale Anschlussfähigkeit steigt, wenn dieses Unrecht heruntergespielt wird. Dabei übersehen viele, dass diese kriminelle Vereinigung, die bewusst einen Krieg provoziert hat, in dem zehntausende ihrer Landsleute in wenigen Monaten starben, die Bezeichnung „Befreiungsorganisation“ nicht verdient.

Zensurhafte Antisemitismuskritiken richten sich in Deutschland sogar gegen jüdische Intellektuelle, die mit Israels Politik nicht einverstanden sind. Es ist peinlich, wenn Berlins regierender Bürgermeister einem israelischen Regisseur vorschreibt, was in Deutschland über Israel/Palästina gesagt werden darf und was nicht. Es ist ähnlich befremdlich, wenn Kölns Universitätsrektor einer jüdischen Sozialwissenschaftlerin aus den USA eine Gastprofessur kündigt, weil sie einen Aufruf zum Boykott Israels aus Solidarität mit Palästina unterschrieben hat.

FREUNDSPFLICHT

„Israelkritik ist Freundespflicht“, sagte der frühere Bundespräsident Johannes Rau gern, wie mir einer seiner ehemaligen Mitarbeiter mitteilte. So hielten es auch während der rot-grünen Koalition um die Jahrtausendwende Entwicklungsministe-



Beerdigung des friedensbereiten Premierministers Jitzchak Rabin 1995.

rin Heidemarie Wiecek-Zeul und Außenminister Joschka Fischer. Das war damals auch leichter, denn die Oslo-Verträge schienen eine bessere Zwei-Staaten-Zukunft einzuleiten.

Philosemitismus, die pauschale Unterstützung alles Jüdischen, ist aber auch heute kein Mittel gegen Antisemitismus. Fachleute vom Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin (Ullrich et al. 2024) bezeichnen Ersteren sogar als eine von vielen Formen des Letzteren. Sie warnen zu Recht davor, den vielschichtigen Terminus „Antisemitismus“ als politisches Schlagwort zu benutzen. Intellektuell ist schlecht informierter Philosemitismus dasselbe wie vorurteilsbeladener Antisemitismus – nur mit minus 1 durchmultipliziert. Wird er politisch instrumentalisiert, verhärtert er polarisierend sowohl projüdische als auch anti-jüdische Positionen. Besonders gefährlich wird es, wenn Philosemitismus in pauschale Unterstützung Israels umschlägt. Es weckt nämlich neue Ressentiments, wenn berechnete Israelkritik als bloßer Antisemitismus abgetan wird.

Tatsächlich trägt Deutschland nach dem Nazi-Völkermord eine Verantwortung für Israels Sicherheit. Weil der jüdische Staat aber auf längst besiedeltem Gebiet entstand, folgt daraus auch eine Verantwortung für die Sicherheit von Palästinenser*innen. Wir müssen für die Rechte der Vertriebenen und ihrer Nachfahren sowie der in den besetzten Gebieten ansässigen Menschen eintreten,

anstatt identitätspolitisch für eine Seite Partei zu ergreifen. Wir lehnen es zu Recht ab, allen Juden und Jüdinnen Verantwortung für israelische Politik zuzuschreiben. Entsprechend dürfen wir auch nicht alle Palästinenser*innen für den Terror der Hamas in Mithaftung nehmen.

Wenn wir die jüdische Minderheit in Deutschland vor Antisemitismus schützen und zu Israels Sicherheit beitragen wollen, dürfen wir keine rhetorischen Keulen schwingen, sondern müssen in Diskussionen sorgfältig analysieren und abwägen. Deutschland tritt international für Frieden, Demokratie und Menschenrechte ein. Wenn wir bei Israel Ausnahmen machen, kostet uns das unsere Glaubwürdigkeit. Wir verlieren auch unsere Anschlussfähigkeit in vielen Partnerländern, und zwar nicht nur in den vom Islam geprägten Ländern.

LITERATUR

B'tselem, 2021: Not a “vibrant democracy”. This is apartheid.

https://www.btselem.org/publications/202210_not_a_vibrant_democracy_this_is_apartheid

Ullrich, P. et al., 2024: Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft. Göttingen: Wallstein.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von
E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu



Christopher Street Day in Mainz im Juli 2023.

QUEERE MENSCHEN

Errungenen Fortschritt verteidigen

In Deutschland hat sich für queere Menschen in den vergangenen Jahrzehnten viel getan. Zugleich sind sie aber weiterhin Opfer gezielter physischer und psychischer Gewalt, und die offiziellen Zahlen der Hasskriminalität gegen sie steigen an. Alle Demokrat*innen sollten sich für ihre Menschenrechte einsetzen.

Von Kerstin Thost

Der queerpolitische Fortschritt in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ist eine Erfolgsgeschichte. Es war nicht zuletzt die zivilgesellschaftliche Bürgerrechtsbewegung, die die Rechte und Anerkennung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*, intergeschlechtlichen und weiteren queeren Menschen (LSBTIQ*) vorangetrieben hat. Seit 1994 werden in Deutschland einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen nicht mehr kriminalisiert. 2001 wurde die eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt – ein entscheidender Schritt für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe 2017. Im vorigen Jahr erinnerte der Deut-

sche Bundestag am Tag der Opfer des Nationalsozialismus zum ersten Mal mit einer Gedenkstunde an die queeren Opfer dieses Unrechtsregimes.

Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) ist die größte queerpolitische Interessenvertretung des Landes und seit knapp 35 Jahren aktiv. Heute hören wir in den Medien und an unseren Infoständen immer wieder die Frage, warum es uns noch brauche: „Irgendwann ist es doch mal gut.“

Diese scheinbar harmlose Haltung ist nicht unproblematisch. Sie kann zum einen die gesellschaftliche Gleichgültigkeit gegenüber den anhaltenden und sich aktuell verschärfenden Problemen verstärken: Täglich werden in Deutschland Menschen verbal und körperlich angegriffen, weil die Täter*innen ihren Hass auf LSBTIQ* gewalttätig ausleben. Zum anderen kann sie reaktionäre Bewegungen befördern, die wir aktuell beobachten: Die Akzeptanzwerte sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sinken hierzulande erstmals seit Jahrzehnten. Hinzu kommen die jüngsten Wahlerfolge der AfD, die sich wiederholt mit queerfeind-

lichen und rechtsextremen Parolen positioniert hat.

Die errungenen Fortschritte in der Gleichstellung queeren Lebens sind keine Selbstverständlichkeit; menschenfeindliche politische Kräfte könnten sie wieder rückgängig machen. Kürzlich hat beispielsweise die rechtsgerichtete Regierung in Italien lesbischen Müttern die Mutterschaft nachträglich wieder aberkannt. Solche Entwicklungen machen queeren Menschen und ihren Verbündeten Angst. Queere Menschen gibt es in allen Teilen der Gesellschaft und in allen Ländern, egal welche politischen Repressionen dort herrschen.

Der gesellschaftliche Backlash geht einher mit einer massiven Zunahme an Hass im digitalen Raum. Personen mit Diskriminierungserfahrungen trifft es besonders häufig. In einer aktuellen Studie gaben 28 Prozent der Befragten mit homosexueller Orientierung an, bereits Hass im Netz ausgesetzt gewesen zu sein. Bei jenen mit bisexueller Orientierung waren es sogar 36 Prozent. Dieser Hass führt zum Rückzug aus demokratischen Diskursen: Von den Befragten bekennt sich mehr als die Hälfte aus Angst im Netz seltener zur eigenen politischen Meinung. Und 82 Prozent fürchten, dass Hass im Netz die Vielfalt im Internet gefährdet (Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz 2023).

Breitet sich Hass im digitalen Raum ungehindert aus, befördert das auch die Ge-

walt auf der Straße: Aus Worten werden Taten. Die offiziellen Zahlen queerfeindlicher Hasskriminalität in Deutschland steigen seit Jahren an. Das Bundesinnenministerium erfasste 2022 mehr als 1000 Fälle von Hasskriminalität in Bezug auf sexuelle Orientierung und mehr als 400 Fälle im Hinblick auf geschlechtsbezogene Diversität. Vor allem im öffentlichen Raum, auf der Straße oder im öffentlichen Nahverkehr erfahren queere Menschen Gewalt in Form von Beleidigungen, Spucken, Schlägen oder Tritten. Hinzu kommt eine erhebliche Dunkelziffer, Schätzungen gehen von 80 bis 90 Prozent aus.

Viele queere Menschen erstatten keine Anzeige, weil sie weitere Diskriminierung durch die Polizei fürchten oder dieser in der Vergangenheit bereits ausgesetzt waren. Auch andere Gründe wie Scham oder ein ungesicherter Aufenthaltsstatus können eine Rolle spielen. In Deutschland bestehen noch große Forschungslücken über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe LSBTIQ*-feindlicher Hasskriminalität.

MENSCHENFEINDLICHE EINSTELLUNGEN

Die Gewalt richtet sich nicht nur gegen queere Menschen selbst, sondern auch gegen Menschen, die von den Täter*innen als LSBTIQ* wahrgenommen werden. Oft handelt es sich scheinbar um spontane Taten – das bedeutet im Umkehrschluss, dass Queerfeindlichkeit noch tief in der Gesellschaft verankert ist. Aus LSBTIQ*-feindlicher Gewalt spricht Hass. Die Täter*innen sehen sich oft als Vollstrecker eines von ihnen fantasierten Volkswillens. LSBTIQ* gelten ihnen als minderwertige Menschen. Sie wollen queeres Leben aus dem öffentlichen Raum in die Unsichtbarkeit treiben. Darüber hinaus ist Queerfeindlichkeit meistens verwoben mit weiteren menschenfeindlichen Einstellungen.

Spürbare Queerfeindlichkeit führt zu einer Gesellschaft, in der sich Menschen davor hüten, „anders“ zu sein oder so auszusehen. Laut LSBTI-Umfrage der EU-Grundrechteagentur vermeiden 61 Prozent der Befragten oft oder immer, mit ihren Partner*innen in der Öffentlichkeit Hand in Hand zu gehen (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2020).

Insbesondere queere Jugendliche befinden sich in einer vulnerablen Situation. Sie bestreiten ihr Aufwachsen und ihren

„Für uns als Zivilgesellschaft ist es entscheidend, uns nicht zu sehr auf den erstrittenen Erfolgen auszuruhen. Es gilt, alle Demokrat*innen dazu zu aktivieren, die Menschenrechte von queeren Personen zu verteidigen.“

Selbstfindungsprozess in einer Gesellschaft, die immer noch von einer durch Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit geprägten Norm ausgeht. Das führt dazu, dass in der Regel mehrere Jahre vergehen zwischen dem inneren Coming-out, also dem Eingeständnis von Queerness sich selbst gegenüber, und dem äußeren Coming-out, also dem Outing gegenüber dem Umfeld.

Die Unsicherheit über das zunächst als nicht passend wahrgenommene sexuelle oder geschlechtliche Erleben führt bei queeren Jugendlichen vielfach zu Belastungen, Entbehrungen und Ängsten – etwa davor, nie eine glückliche Beziehung oder eigene Familie haben zu können. Es ist davon auszugehen, dass sie auch häufiger von familiärer Gewalt betroffen sind. Viele sehen sich unter Druck, sich verstecken zu müssen, oder verdrängen ihre Identität. Das kann psychische oder psychosomatische Folgen haben. Ein unterstützendes Umfeld ist deshalb wichtig (Deutsches Jugendinstitut 2015).

SCHUTZ VOR KONVERSIONSMASSNAHMEN

Diesen psychischen Druck können Konversionsmaßnahmen verstärken, obwohl sie in Deutschland – mit Ausnahmen – verboten sind. Solche Behandlungen werden in der falschen Annahme durchgeführt, die geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung einer Person könne von außen verändert oder unterdrückt werden. Dies widerspricht wissenschaftlichen Erkenntnissen und WHO-Richtlinien.

Eine aktuelle bundesweite Onlinebefragung ergab alarmierende Zahlen. Zur Unterdrückung oder Änderung ihrer sexuellen Orientierung wurde demnach 52 Prozent der befragten queeren Menschen mehrmals nahegelegt, eine gegengeschlechtliche Person zu daten. 50 Prozent erhielten mehrfach oder immer wieder die Empfehlung,

sich an „typisch männlichen“ Aktivitäten wie Fußball zu beteiligen oder an „typisch weiblichen“ wie Shopping. Der Schutz vor Konversionsbehandlungen bleibt also eine zentrale Aufgabe, und es besteht weiterhin großer Aufklärungsbedarf.

Für uns als Zivilgesellschaft ist es entscheidend, uns nicht zu sehr auf den erstrittenen Erfolgen auszuruhen. Es gilt, alle Demokrat*innen dazu zu aktivieren, die Menschenrechte von queeren Personen zu verteidigen. Das bedeutet insbesondere, bei Wahlen demokratische Parteien zu unterstützen.

Gleichberechtigung für sogenannte Minderheiten – auch für queere Menschen – zählt zum Kern einer Demokratie. Davon profitieren letztlich alle. Um es mit der Publizistin Carolin Emcke zu sagen: „Pluralität in einer Gesellschaft bedeutet nicht den Verlust der individuellen (oder kollektiven) Freiheit, sondern garantiert sie erst.“

LINKS

Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz, 2023: Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Kurzinformation-Studie_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2020: EU-LGBTI II. A long way to go for LGBTI equality.

https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-lgbti-equality-1_en.pdf

Mosaik Deutschland e. V., Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg, 2023: Unheilbar queer? – Erfahrungen mit queerfeindlichen Haltungen in Deutschland.

<https://www.liebesleben.de/fachkraefte/studien-standard-qualitaetsicherung/queer-in-deutschland-wissen-und-erfahrungen-zu-konversionsbehandlungen/>

Deutsches Jugendinstitut, 2015: Coming-out – und dann...?! Ein DJI-Forschungsprojekt zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/90014/054ed380a72ca0eed511ea21753e1a61/dji-broschuere-coming-out-data.pdf>



KERSTIN THOST ist Pressesprecher*in des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD). presse@lsvd.de

„RACE“ UND IDENTITÄT

Eine soziale Definition

Die Datenerhebungen zu „Race“ und Ethnizität durch die US-Regierung werden der Vielfalt einer multiethnischen Nation nicht gerecht. Gleichzeitig gilt: Auch wenn das Konzept von „Race“ überholt ist, kann es notwendig sein, es zu verwenden – um den Schaden zu beheben, den es verursacht hat.

Von Claire Davis

Die Vereinigten Staaten gelten als Nation von Einwanderer*innen. Der ehemalige Präsident John F. Kennedy prägte diesen Begriff 1958. Er bezieht sich auf die Tatsache, dass mit Ausnahme der Ureinwohner*innen fast alle heutigen US-Amerikaner*innen entweder selbst eingewandert sind oder Vorfahren hatten, die Einwanderer*innen, Siedler*innen oder Sklav*innen waren. US-Amerikaner*in ist, wer in den USA geboren oder eingebürgert wurde. „Amerikanisch“ wurde nie als ethnische Zugehörigkeit gelesen.

Die Regierung versucht, diese Vielfalt bei der Volkszählung alle zehn Jahre abzubilden. Die mutmaßliche Zugehörigkeit der Bürger*innen wurde schon immer erfasst, doch die Kategorien veränderten sich im Laufe der Zeit. Die früheste Volkszählung von 1790 enthielt nur „Sklaven“, „freie weiße Männer und Frauen“ und „alle anderen freien Personen“. Bei der jüngsten Volkszählung von 2020 konnten die Befragten eine oder mehrere aus fünf Kategorien wählen. Dennoch werden sie der Vielfalt der amerikanischen Gesellschaft nicht gerecht und sorgen bei Bürger*innen wie Regierungsbeamt*innen für Verwirrung. Noch schlimmer ist, dass diese Zuordnung ein Verständnis menschlicher Vielfalt aufrechterhält, das seit Jahrhunderten Unterdrückung rechtfertigt.

WER IST WER IN DEN USA?

Laut der Volkszählung 2020 bezeichnen sich 61,6 Prozent der US-Bevölkerung als Weiße. Diejenigen, die sich als Schwarze oder Afroamerikaner*innen identifizieren, machen 12,4 Prozent aus. Sechs Prozent

sind Asiat*innen und 1,1 Prozent indigene Amerikaner*innen oder Alaska Natives. Die letzte offizielle Kategorie in der US-Volkszählung, Native Hawaiian oder Other Pacific Islander, macht 0,2 Prozent aus.

Beim Zensus oder für andere offizielle Zwecke werden ethnische Zugehörigkeit und „Race“ in zwei verschiedenen Fragen abgefragt. Zunächst geben US-Amerikaner*innen an, ob sie sich als Hispanic/Latino identifizieren, und dann können sie eine der fünf oben beschriebenen Kategorien wählen. Hispanics können sich beliebig zuordnen. Die US-Regierung betrachtet hispanische oder lateinamerikanische Herkunft also als ethnische Zugehörigkeit, nicht als „Race“. Im amerikanischen Englisch meint „Race“ eine Gruppe, die sowohl physische Merkmale als auch eine gemeinsame Geschichte teilt. Ethnische Zugehörigkeit bezieht sich auf Ähnlichkeiten, etwa in Bezug auf Sprache und Tradition, die von

einer Gemeinschaft übernommen werden. Die Definitionen dieser Begriffe sind so schwammig wie umstritten.

Viele Menschen aus dieser Gemeinschaft betrachten ihren hispanischen Hintergrund jedoch als eigene „Race“. Für den US-Zensus gelten Personen als „Hispanic“ und „Latino“, die aus Spanien oder spanischsprachigen Ländern Mittel- und Südamerikas kommen. So bezeichnen sich etwa 18,7 Prozent der US-Einwohner*innen.

Die Befragten können auch mehrere Kategorien oder „some other race“ auswählen. Die Mehrfachnennungen (etwa Weiß und Schwarz oder Afroamerikaner*in) sind von 9 Millionen im Jahr 2010 auf 33,8 Millionen im Jahr 2020 gestiegen. Die Zahl derjenigen, die „some other race“ angaben, ist im gleichen Zeitraum ebenfalls um fast neun Prozent gestiegen. Beides ist vermutlich auf demografischen Wandel, Änderungen im Erhebungsdesign und in der Datenverarbeitung zurückzuführen.

RECHTFERTIGUNG DER EUROPÄISCHEN HEGEMONIE

Das U.S. Census Bureau räumt ein, dass sein Fragebogen „eine in diesem Land an-



Vor 60 Jahren wurde in den USA die Rassentrennung abgeschafft. Doch wer zu welcher „Race“ gehört, spielt noch immer eine Rolle.

erkannte soziale Definition von „Race“ widerspiegelt und keinen Versuch darstellt, diese biologisch, anthropologisch oder genetisch zu definieren“. Menschliche Vielfalt lässt sich nicht auf Kategorien reduzieren, die eine Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt bevorzugt. Der Begriff „Race“ kommt von jahrhundertealten Bestrebungen, Menschen zu kategorisieren und so die europäische Hegemonie zu rechtfertigen. Er hat nichts mit einem modernen Verständnis des menschlichen Genoms zu tun.

Da es sich bei „Race“ um ein soziales Konstrukt handelt, lässt sich niemand eindeutig einer Kategorie zuordnen. Die US-Regierung betrachtet derzeit diejenigen als Weiße, die von „einem der ursprünglichen Völker Europas, des Nahen Ostens oder Nordafrikas“ abstammen.

Die Situation von Menschen mit Abstammung aus dem Nahen Osten oder Nordafrika (MENA-Region) veranschaulicht viele der Paradoxien, die mit dem Begriff „Race“ in den USA verbunden sind. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts musste man als weiß gelten, um eingebürgert zu werden. Neuankömmlinge, einschließlich Menschen aus der MENA-Region, zogen teils vor Gericht, um zu beweisen, dass sie weiß waren. Heute werden Menschen aus dieser Region ermutigt, sich bei der Volkszählung als Weiße zu identifizieren. Vor allem seit den Anschlägen vom 11. September erfahren viele aus der MENA-Region jedoch Diskriminierung und Schikanen. Da sie jedoch offiziell als weiß gelten, gibt es kaum verlässliche Daten über sie. Für die Regierung ist es so schwieriger, für Gleichberechtigung in Bereichen wie Wohnraum, Bildung und Gesundheit zu sorgen.

Die wohl berüchtigtste US-amerikanische Sichtweise auf den Rassenbegriff ist die sogenannte „One Drop“-Regel. Schwarze Menschen wurden in den USA bis 1865 versklavt. Nach Abschaffung der Sklaverei litten sie jahrzehntelang unter Verfolgung und diskriminierenden Gesetzen, die einschränkten, wo sie leben, zur Schule gehen oder sogar die Toilette benutzen konnten. Die Rassentrennung wurde 1965 verboten, aber Rassismus gegenüber Schwarzen besteht noch immer fort. So beeinflusst die Frage, wer Schwarz und wer Weiß ist, schon seit Langem maßgeblich das tägliche Leben. Über Jahrhunderte hinweg war die rechtliche und gesellschaftliche Definition von Schwarzsein, dass eine Person

in irgendeiner Form afrikanische Vorfahren hat. Mit anderen Worten: Ein einziger Tropfen „Schwarzen Blutes“ genügte, um in den USA als Schwarz zu gelten. Dieses Konzept prägt noch immer die Denkweise vieler Amerikaner*innen, obwohl es auf die Zeit der Sklaverei und Segregationsgesetze zurückgeht. Barack Obama wurde als erster Schwarzer Präsident der Nation betrachtet, obwohl seine Mutter weiß war. Tiger Woods gilt als prominenter Schwarzer Golfspieler, obwohl er auch thailändische, chinesische und niederländische Vorfahren hat.

Obamas Vater kam aus Kenia; der ehemalige Präsident ist kein Nachkomme versklavter Menschen. Etwa 21 Prozent der Schwarzen Bevölkerung in den USA sind entweder selbst eingewandert oder Kinder von Einwanderer*innen, vor allem aus Afrika oder Mittel- und Südamerika. Schwarze Einwanderer*innen, die erst in der jüngeren Vergangenheit zugewandert sind, sind im Durchschnitt älter, besser ausgebildet, verdienen mehr und sind häufiger verheiratet als in den USA geborene Schwarze. Obwohl alle Schwarzen in den USA zweifellos Rassismus erleben, unterscheiden sich die Erfahrungen eher kürzlich Eingewanderter und der Nachkommen von Sklav*innen erheblich.

An Unzulänglichkeiten mangelt es in keiner der Zensuskategorien. Die Regierung betrachtet als asiatisch „jede*n, der*die aus dem Fernen Osten, Südostasien oder dem indischen Subkontinent“ stammt – einem Gebiet, das mehr als 20 Länder mit einer ebenfalls enormen Vielfalt umfasst. Außerdem gelten Brasilianer*innen nicht als Hispanics, obwohl sich 2020 mindestens 416 000 von ihnen in dem jährlich vom U.S. Census Bureau erhobenen American Community Survey als hispanisch identifizierten.

VORGESCHLAGENE ÄNDERUNGEN

Dennoch wirken sich die wahrgenommenen Zugehörigkeiten noch immer stark aus. Menschen, die in den USA als Schwarz angesehen werden, sind nach wie vor gravierender Diskriminierung ausgesetzt. Menschen, die als weiß gelten, nicht. Solange Diskriminierung und gezielter Rassismus verbreitet sind, ist es paradoxerweise sinnvoll, an bestimmten Kategorien festzuhalten. Denn wenn die Regierung Gleichberechtigung fördern will, braucht sie Quoten – und für

die Quoten braucht sie Daten, die nur erhoben werden können, wenn es Kategorien gibt. Zurzeit erhebt die Regierung diese Daten aus verschiedenen Gründen, von denen viele Bürger*innenrechte stärken sollen. Dazu gehören:

- Gewährleistung gleicher Beschäftigungschancen,
- Bewerten rassistischer Ungleichheiten im Gesundheitswesen,
- Planung und Finanzierung von Regierungsprogrammen für bestimmte Gruppen und
- die Überwachung der Einhaltung von Antidiskriminierungsgesetzen.

Kritiker*innen sind jedoch der Meinung, dass die Regierung weiterhin Daten zur Bekämpfung von Rassismus sammeln

„Kritiker*innen sind der Meinung, dass die Regierung weiterhin Daten zur Bekämpfung von Rassismus sammeln könnte, ohne Menschen aufzufordern, sich mit künstlichen Kategorien zu identifizieren.“

könnte, ohne Menschen aufzufordern, sich mit künstlichen Kategorien zu identifizieren. Beim Zensus könnte etwa gefragt werden, wie eine Person von der Gesellschaft gesehen wird. Im Gegensatz zur selbst angegebenen Zugehörigkeit würde eine solche Frage erfassen, wie sich Faktoren wie Hautfarbe auf Diskriminierung in Bereichen wie der Wohnungssuche oder auf dem Arbeitsmarkt auswirken.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen für die Volkszählung 2030 gehört, nicht mehr zwischen „Race“ und ethnischer Zugehörigkeit zu unterscheiden und „Hispanic or Latino“ und „Middle Eastern or North African“ hinzuzufügen. Ein Großteil der Verwirrung wird aber wohl erhalten bleiben.



CLAIRE DAVIS
ist freiberufliche Übersetzerin und arbeitet seit 2013 für E+Z/D+C. Sie unterrichtet Deutsch an der Truman State

University in Missouri, USA.
clairemdavis1983@gmail.com



Foto: picture alliance / Photo: Sam Medrick